



**Presseschau vom 27.06.2022**

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snews, rusvesna.su, voiceevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, Korrespondent und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, Korrespondent und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### **Technischer Hinweis:**

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen.

Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

### **Außer der Reihe – Lese- und Medientipps:**

#### **de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg**

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

*Bradley Blankenship: BRICS: Hoffnung auf eine gerechtere Weltordnung ohne US-Hegemonie*

Mit dem Potenzial für eine neue Reservewährung und Investitionen ohne politische Auflagen bietet die BRICS-Gruppe eine Alternative zu einer von der westlichen Dominanz erstickten Welt und kann ein Schritt in Richtung einer multipolaren Zukunft sein. ...

<https://kurz.rt.com/31jp> bzw. [hier](#)

**Olga Sucharewskaja: Russisch in der postsowjetischen Ukraine: 30 Jahre Diskriminierung der meistgesprochenen Sprache**

Die Einschränkung einer Sprache, die in einem Großteil des Landes gesprochen wird, ist eine der obersten Prioritäten der ukrainischen Regierung. Aber selbst der 30-jährige Druck auf die russische Sprache brachte die Menschen in der Ukraine nicht dazu, sie weniger zu sprechen. ...

<https://kurz.rt.com/317r> bzw. [hier](#)

**Rachel Marsden: Der Status der Ukraine als EU-Beitrittskandidat ist ein PR-Gag – die Türken werden es bestätigen**

Trotz der lebhaften Diskussion über Hilfen für die Ukraine kann es sich die EU nicht leisten, Kiew als Mitglied in ihren Reihen zu haben. Wird Brüssel Kiew also weiterhin auf der Wartebank sitzen lassen oder den Sprung wagen und sich die Gedanken über die Folgen später machen? ...

<https://kurz.rt.com/31jt> bzw. [hier](#)

**de.rt.com: "Jeder, der Impfschaden meldet, wird entlassen" – Verkehrspiloten beginnen sich zu wehren**

Bislang trauten sich viele Piloten nicht, offen über ihre Impfschäden zu sprechen – aus Angst vor Repression und Jobverlust. Doch die gravierenden Risiken herzkranker Piloten für den Flugverkehr lassen sich nicht länger ignorieren. Diese sehen sich nun gezwungen, sich öffentlich zu äußern. ...

<https://kurz.rt.com/31ka> bzw. [hier](#)

**Gert Ewen Ungar: Vom Ende der westlichen Dominanz – Putins Petersburger Rede**

Putin hat in Sankt Petersburg eine wichtige Rede gehalten. In ihr kündigt er das Ende der westlichen Vormachtstellung an und wirbt für eine globale Zusammenarbeit auf Augenhöhe unter Beachtung nationaler Souveränität und verbindlicher völkerrechtlicher Regeln. ...

<https://kurz.rt.com/31kz> bzw. [hier](#)

**Helen Buyniski: China toleriert in der Taiwan-Frage keine Einmischung, schon gar nicht von Leuten wie Selenskij**

Nachdem er weitere Oppositionsparteien verboten hat, nimmt es der Ukrainer Selenskij auf sich, wegen Taiwan einen Krieg mit China anzuzetteln. Der zum Politiker gewordene Schauspieler ist zum perfekten nützlichen Idioten für Washingtons außenpolitische Prioritäten geworden. ...

<https://kurz.rt.com/31kh> bzw. [hier](#)

**abends/nachts:**

**20:00 de.rt.com: LVR meldet Evakuierung von Zivilisten aus Chemiefabrik Asot**

Milizen der LVR haben nach eigenen Angaben mehr als 250 Zivilisten aus den Luftschutzkellern der Chemiefabrik Asot in Swjejerodonezk evakuiert, wie das LuganskInformCenter am Sonntag berichtete. "Viele Menschen wurden gestern evakuiert. Etwa 200 Zivilisten. Heute wurden weitere 250 Menschen evakuiert und es werden noch mehr kommen. Zuerst bringen wir sie an einen sicheren Ort und dann bringt das Ministerium für Notfälle der LVR sie in Starobelsk unter", zitierte die Agentur einen Sprecher des Militärkommandos der LVR.

Dem Sprecher zufolge befinden sich unter den Evakuierten viele Kinder. "Es ist furchtbar: Sie werden seit vier Monaten [im Asot-Werk] festgehalten und haben kein Tageslicht gesehen. Es gibt viele kleine Kinder im Alter von fünf, drei Jahren", sagte er. Der Botschafter der LVR in Russland, Rodion Miroschnik, sagte zuvor, dass die aus dem Asot-Werk evakuierten Personen davon ausgehen, dass es dort noch Hunderte von Zivilisten gibt. Das russische Verteidigungsministerium hatte erklärt, dass die russischen und prorussischen Streitkräfte das Asot-Chemiewerk in Sjewjerodonezk räumen und weiterhin Zivilisten evakuieren. Der ukrainische Militärgouverneur des Gebiets Lugansk hatte zuvor behauptet, die Zahl der Zivilisten in den Schutzkellern des Chemiewerks vor dem Abzug der ukrainischen Truppen liege bei 568.

#### 20:40 de.rt.com: **Mehr als 2.000 Menschen bei Protesten im Vorfeld des NATO-Gipfels in Madrid**

Bereits zwei Tage vor dem Beginn des NATO-Gipfels in Madrid sind in der spanischen Hauptstadt mehrere Tausend Menschen auf die Straße gegangen. Die Demonstration begann in der Nähe des Bahnhofs Atocha, von wo aus die Teilnehmer durch die Hauptstraßen der Stadt zur Plaza de España zogen. Die Demonstranten wandten sich gegen das Treffen der Staats- und Regierungschefs der Nordatlantischen Allianz in Madrid und skandierten: "Nein zum Krieg, nein zur NATO". Einer der Organisatoren des Marsches rief:

"Die NATO ist in Wirklichkeit ein äußerst aggressives Bündnis, das Konflikte in der ganzen Welt schürt und zur Militarisierung unseres Planeten beiträgt. Dieses Bündnis dient nur den Interessen der reichsten Staaten."

"Wir wissen, dass die NATO in Wirklichkeit eine militaristische Organisation ist", sagte Enar Moreno, Abgeordneter der Vereinigten Linken im Parlament der Autonomen Gemeinschaft Rioja, auf der Kundgebung gegenüber der russischen Nachrichtenagentur TASS. Ihrer Meinung nach dient das Nordatlantische Bündnis nur dazu, "die Interessen von Ländern wie den USA zu garantieren". Der Abgeordnete erklärte zudem, dass Waffenlieferungen westlicher Länder an Kiew nicht zur Lösung des Konflikts in der Ukraine beitragen. Sie ist der Meinung, dass die Krise in der Ukraine "durch Verhandlungen und Dialog" gelöst werden sollte.

Einer der Organisatoren des Marsches stellte gegenüber einem TASS-Korrespondenten klar, dass sich die Demonstranten gegen die NATO aussprachen und Spanien aufforderten, das Bündnis zu verlassen. Ihm zufolge ist die NATO "der Schuldige am Konflikt in der Ukraine". Nach Angaben der Behörden in Madrid waren etwa 2.200 Menschen an der Demonstration beteiligt. Von den Organisatoren gab es zunächst noch keine Angaben zur Teilnehmerzahl.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b89df048fbef202c34c210.jpg>

#### 21:25 de.rt.com: **Anschlagsversuch auf Behördenvertreterin in Region Cherson**

Unbekannte haben das Auto einer örtlichen Beamtin in Kachowka in die Luft gesprengt, die Frau wurde aber nicht verletzt. Dies teilte die regionale Polizeibehörde von Cherson am Sonntag mit. "Ein Auto von Irina Machnewa, die in der neuen Verwaltung für Bildung und Kultur zuständig ist, wurde in Kachowka in die Luft gesprengt. Der Sprengsatz wurde früher als geplant gezündet, was ihr das Leben rettete", schrieb sie auf ihrem Telegram-Kanal. Nach Angaben von Wladimir Leontjew, dem Leiter der militärischen Zivilverwaltung von Kachowka, wurde das Auto, das in der Nähe ihres Hauses geparkt war, in Brand gesetzt.

Es handelt sich nicht um den ersten Anschlag auf Mitglieder der Verwaltung in der Region. So wurde am 24. Juni Dmitrij Sawluchenko, Leiter der Abteilung für Familie, Jugend und Sport der Regionalverwaltung von Cherson, bei einem Autobombenanschlag getötet. Zuvor gab es Sprengstoffattentate auf den Leiter der Regionalverwaltung in Tschernobajiwka bei Cherson und den Leiter der regionalen Strafvollzugsabteilung. Beide wurden verletzt, überlebten aber.

#### 21:52 de.rt.com: **G7-Gipfeltreffen: Schulterchluss der Sanktionierer und Proteste**

Beim Gipfeltreffen der sieben "führenden Demokratien" (G7) haben Präsident Biden und Bundeskanzler Scholz sowie die anderen Teilnehmer am Sonntag demonstrativ den Schulterchluss geübt. Das Treffen wird von Protesten begleitet, die aber schwächer ausfallen als in vergangenen Jahren.

Beim traditionellen G7-Gipfeltreffen ist Deutschland dieses Jahr der Gastgeber. Angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise und des sich anbahnenden Bedeutungsverlustes übten die Staats- und Regierungschefs der selbsternannten "sieben größten Industrienationen der Erde" in den bayrischen Alpen am Sonntag demonstrativ den Schulterchluss.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und US-Präsident Joe Biden haben kurz vor Beginn des Treffens in Elmau die Geschlossenheit des Westens beschworen. Die gute Nachricht sei, dass man es geschafft habe, vereint zu bleiben, sagte Scholz. Dies habe der russische Präsident Wladimir Putin offensichtlich nicht erwartet. Der US-Präsident betonte, Deutschland sei einer der engsten Verbündeten der USA. Er forderte: "Wir müssen zusammenbleiben."

Biden dankte Scholz für die "wichtige Rolle", die dieser als Kanzler dabei gespielt habe, die Geschlossenheit herzustellen. Putin habe damit gerechnet, dass die G7 und die NATO gespalten würden, sagte Biden. Das sei nicht geschehen und werde auch nicht geschehen. Der Kanzler [twitterte](#) später: "Wir sind geeint, wir stehen zusammen. Das ist unsere klare Botschaft an Präsident Putin. Es ist gut, dass Du hier beim G7-Gipfel bist, POTUS Joe Biden."

Am späten Nachmittag [twitterte](#) der Kanzler ein erstes Resümee der Gespräche aller sieben Staats- und Regierungschefs:

"Alle G7-Staaten sind besorgt über die derzeitigen Krisen: sinkendes Wachstum, steigende Inflation, Rohstoffknappheit u. stockende Lieferketten. Das sind alles keine kleinen Herausforderungen, deshalb müssen wir gemeinsam Verantwortung tragen. Dafür ist die G7 ein sehr gutes Format."

Angekündigt ist, dass die Gipfelteilnehmer sich auf weitere gemeinsame Sanktionen gegen Russland verständigen werden. Nach Angaben von Biden wollen die G7 ein [Importverbot für russisches Gold](#) verkünden und so die Sanktionen gegen Moskau verschärfen. Damit würden Russland Dutzende Milliarden Dollar aus diesem wichtigen Exportgut wegbrechen, teilte der US-Präsident auf Twitter mit. Ein hochrangiger US-Regierungsmitarbeiter sagte gegenüber Journalisten, die G7-Staaten würden den Importstopp offiziell am Dienstag verkünden, dem letzten Tag des Gipfels. Gold sei für Russland nach Energie das zweitwichtigste Exportgut.

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij soll am Montag per Video zum Gipfel zugeschaltet werden. In seiner abendlichen Videoansprache sagte Selenskij am Samstag, sein Land befinde sich in einer moralisch und emotional schwierigen Phase des Krieges. Innerhalb eines halben Tages sei die Ukraine von 45 russischen Raketen getroffen worden. Das sei so kurz vor den G7- und NATO-Gipfeln ein klares Signal. Erneut forderte er auch mehr Waffen und Luftabwehrsysteme für die Ukraine.

Der Gipfel der sieben "führenden Industrienationen" auf Schloss Elmau begann offiziell am Sonntagmittag und dauert bis Dienstag. Zur G7 gehören neben Deutschland und den USA auch Kanada, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan. China hat nach verschiedenen Einschätzungen alle sieben dieser Staaten an Wirtschaftskraft bereits überholt oder ist dabei, sie zu überholen. Italien und Kanada dürften mittlerweile auch von solchen Staaten wie Indien und Russland wirtschaftlich überholt worden sein.

Biden ist zum ersten Mal seit seiner Amtsübernahme im Januar 2021 in Deutschland. Nach dem G7-Treffen wollen unter anderem Scholz und Biden zum NATO-Gipfel nach Madrid weiterreisen.

Das Gipfeltreffen wird von teils gewalttätigen Protesten begleitet. Kritiker des G7-Treffens haben ihren Protest nach Garmisch-Partenkirchen getragen, das nahe dem Tagungsort im Schlosshotel Elmau liegt. Die Polizei schätzte die Zahl der Teilnehmer zunächst auf rund 800. Die Kundgebung wurde von einem massiven Aufgebot an Sicherheitskräften begleitet. In der Region sind insgesamt 18.000 Polizisten im Einsatz.

Zu den zentralen Themen der Kundgebung gehörten die Klimakrise und die Angst vor einer Eskalation des Ukraine-Krieges. "Wir lassen nicht zu, dass sie unseren Planeten und unsere Zukunft zerstören", sagte eine Sprecherin auf der Kundgebung vor Zugbeginn in Richtung der Politik. Die Straßen wurden auch von Einheimischen gesäumt, die den Zug beobachteten. Das sei einmal etwas anderes als ein Trachtenumzug, sagte ein Mann aus Garmisch-Partenkirchen. RT DE hat die Demonstration live [übertragen](#).

Nach der G7-Demonstration in München am Samstag wurden am Sonntagvormittag vier Teilnehmer noch festgehalten. Die Ermittler werfen den vier Aktivisten wegen Attacken auf Polizeibeamte gefährliche Körperverletzung vor. Am Nachmittag kam es erneut zu Zusammenstößen mit der Polizei, bei der auch Gewalttaten von Polizisten beobachtet wurden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b88409b480cc5d537b09c9.jpg>  
*Die sieben westlichen Staats- und Regierungschefs am Sonntag im bayrischen Schloss Elmau*

**vormittags:**

7:10 de.rt.com: **EU-Kommissionschefin von der Leyen will Boykott des G20-Gipfels mit Russland nicht unterstützen**

Die Chef der EU-Kommission Ursula von der Leyen sagte, dass sie die Idee eines Boykotts des G20-Gipfels im Falle einer Teilnahme des russischen Präsidenten Wladimir Putin nicht unterstütze. Am Sonntagabend sagt sie dem ZDF heute-journal am Rande des G7-Gipfels auf Schloss Elmau in Bayern wörtlich:

"Wir müssen sehr genau überlegen, ob wir die gesamte G20 lahmlegen. Da plädiere ich nicht dafür."

"Meines Erachtens ist G20 zu wichtig, auch für die Entwicklungsländer, die Schwellenländer, als dass wir uns dieses Gremium kaputt machen lassen sollten auch wieder von Putin."

Zuvor hatten die USA und eine Reihe verbündeter Länder versucht, Indonesien, das in diesem Jahr den G20-Vorsitz innehat, unter Druck zu setzen, damit es Russland wegen der Lage in der Ukraine die Teilnahme am G20-Gipfel verweigert, der im November auf der indonesischen Insel Bali stattfindet.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b93164b480cc27043eaaf2.jpg>

wpered.su: **Zum Geburtstag des Ersten Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko**

Am 26. Juni wäre das Erste Oberhaupt der DVR Alexandr Wladimirowitsch Sachartschenko 46 Jahre alt geworden. Sein Leben brach am 31. August 2018 durch einen von den ukrainischen Straftruppen verursachten schrecklichen terroristischen Akt im Café „Separ“ im Zentrum von Donezk ab.

Unter Bedingungen einer vollständigen Wirtschaftsblockade und ständigen Kriegshandlungen konnte das Erste Oberhaupt der DVR den sozialen und ökonomischen Bereich der Republik wiederaufbauen und die Kiewer Junta abwehren.

Alexandr Wladimirowitsch verband eine feste Freundschaft mit dem Vorsitzenden der KPRF und der SKP-KPSS Gennadij Andrejewitsch Sjuganow. „Ein Mensch mit außergewöhnlichem persönlichen Mut, Führungsqualitäten, herausragendem Geist, er konnte die Menschen des Donbass gegen die Nazis sowohl im politischen als auch im militärischen Bereich organisieren und zusammenschließen“, so beschreibt ihn

Gennadij Andrejewitsch.

Und diese Worte sind sehr passend. Er war ein ehrlicher Mensch, ohne Falschheit und Lüge, der sich aufrichtig um das Schicksal seines Volkes sorgte, genau deswegen schloss Alexandr Sachartschenko um sich alle Donezker zusammen. „Batja“ – so nannten ihn die Einwohner der DVR herzlich und mit großer Liebe.

Das Erste Oberhaupt der DVR war mehrfach in der Staatsduma und, das ist von hohem Wert, besuchte gerade die Fraktion der KPRF, er zeigte so seinen Respekt und äußerte seine Dankbarkeit der einzigen Partei, die auf permanenter Grundlage hilft.

Und das ist wirklich so – die Kommunistische Partei blieb nicht abseits stehen. Seit 2014 wurden 97 humanitäre Konvois in die DVR und die LVR geschickt. Einfacher Einwohner des Donbass erhielten das Notwendigste. Vertreter der KPRF kamen persönlich an die Front, äußerte ihre Position öffentlich in der Staatsduma, forderten von der Regierung eine Lösung der Donbass-Frage. Bis heute läuft das Programm „Kinder Russlands für die Kinder des Donbass“, das auf Initiative des Vorsitzenden der KPRF und der SKP-KPSS Gennadij Andrejewitsch Sjuganow und von Josif Dawydowitsch Kobson vor acht Jahre gegründet wurden und in dessen Rahmen regelmäßig kleiner Einwohner des Donbass sich im Zentrum „Snegiri“ bei Moskau erholen, ihre Gesundheit wiederherstellen und Eindrücke gewinnen. In diesen Jahren waren mehr als 10.000 Jungen und Mädchen aus der Konfliktzone zur Erholung in „Snegiri“. Alexandr Sachartschenko wollte mit ganzem Herzen, dass der Donbass vorwärtskommt und erblüht, dass seine Landsleute in Frieden und Ruhe leben, dass niemand mit mehr unter äußerer Konfrontation leidet und natürlich sah er die Entwicklung der DVR und der LVR mit der Russischen Föderation.

Im Jahr 2014, bei der Inauguration des ersten Oberhauptes der DVR stellte der Sekretär des ZK der KPRF, der erste stellvertretende Vorsitzende des Komitees der Staatsduma für Angelegenheit der GUS Kasbek Kuzukowitsch Tajsajew Alexandr Wladimirowitsch Sachartschenko die Frage, welche Hilfe er für die Einwohner von Donezk und für die Entwicklung der Republik im Ganzen von den Abgeordneten der Staatsduma der Russischen Föderation erwartet. Er äußerte die Bitte, die Lösung von drei Fragen zu unterstützen: 1) die Anerkennung der Ergebnisse des Referendums über die Unabhängigkeit der DVR und der LVR des Jahres 2014; 2) einen vereinfachten und beschleunigten Erhalt der russischen Staatsbürgerschaft für die Einwohner des Donbass; 3) die Integration der Wirtschaft des Donbass in die Wirtschaft der Russischen Föderation.

„Heute kann ich erklären, dass wir alles umgesetzt haben, um das er uns gebeten hat“, sagt Kasbek Kuzukowitsch.

„Alexandr Wladimirowitsch Sachartschenko war mein enger Freund, ich würde sogar „Bruder“ sagen. Er stand mit ganzem Herzen zur Bevölkerung des Donbass, brannte für die Idee gemeinsam mit Russland zu sein und seine Republik gegen die braune Pest zu schützen. Mit seinem Tod verloren wir nicht nur einen Staatsmann, wir verloren einen Großen Menschen, Batja und Kommandeur. Er wird für immer in unseren Herzen als wahrer Patriot seines Landes, Held der Russischen Welt, Kämpfer für die Freiheit und als Mensch, der gegen die Gewalt und den wirklichen Terror der Ukronazis aufstand, bleiben“, erzählte Kasbek Tajsajew über das erste Oberhaupt der DVR.

#### 8:05 de.rt.com: **Medienbericht: USA beschließen Lieferung von Langstrecken-Raketenabwehrsystemen an die Ukraine**

Die USA wollen noch in dieser Woche ankündigen, dass sie die Ukraine mit Mittel- und Langstrecken-Raketenabwehrsystemen ausstatten. Das berichtete der Fernsehsender [CNN](#) unter Berufung auf eine vertrauenswürdige Quelle aus der US-Regierung.

US-Präsident Joe Biden, der sich in diesen Tagen in Deutschland aufhält, habe bereits deutlich gemacht, dass die Vereinigten Staaten beabsichtigen, "modernere Raketensysteme und Munition" an die Ukraine zu liefern.

Kiew habe [NASAMS](#)-Boden-Luft-Raketensysteme aus Washington angefordert, hieß es. Die Quelle gab jedoch nicht an, ob die Ukraine diese Raketenabwehrsysteme erhalten werde. Der Gesprächspartner des Fernsehsenders wies außerdem darauf hin, dass die USA neben den Raketenabwehrsystemen wahrscheinlich auch ihre Absicht ankündigen werden, Kiew andere Arten von Militärhilfe zukommen zu lassen, darunter Munition und Radargeräte zur Abwehr von Raketen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b9332cb480cc26ba46ff92.jpg>

8:30 de.rt.com: **Medienbericht: Japan will Sanktionen gegen Russland ausweiten**

Die japanische Regierung wird die Einzel- und Exportsanktionen gegen russische Personen und Organisationen im Zusammenhang mit der Situation um die Ukraine ausweiten. Der Fernsehsender NHK berichtete am Montag, dass der japanische Ministerpräsident Fumio Kishida auf dem Gipfel der Gruppe der Sieben (G7) in Deutschland eine entsprechende Erklärung abgegeben habe.

Japan beabsichtigt, die Vermögenswerte von 70 natürlichen und juristischen Personen aus Russland einzufrieren und zusätzliche Exportsanktionen gegen weitere 90 russische Organisationen zu verhängen, die nach Ansicht Tokios mit dem russischen Verteidigungssektor in Verbindung stehen. Darüber hinaus verbietet das neue Beschränkungspaket die Erbringung von Buchführungs- und Treuhanddienstleistungen in Russland. Dazu gehört auch ein Verbot der Einfuhr von Gold aus Russland.

**Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 27.06.2022**

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

43 Mann;

4 Schützenpanzerwagen;

3 Fahrzeuge.

**Ein Soldat der ukrainischen Streitkräfte hat die richtige Entscheidung getroffen, die Waffen niedergelegt und so sein Leben gerettet.**

Die Volksmiliz der LVR ruft die ukrainischen Soldaten auf, die Waffen niederzulegen, zu diesem Zweck werfen Artillerieeinheiten der Volksmiliz weiter Agitationsflugblätter über den Positionen der ukrainischen Streitkräfte ab.

Die Volksmiliz befreit weiter das von Kiew besetzte Territorium. Einheiten der Volksmiliz haben Borowskoje vollständig befreit.

Einheiten der Volksmiliz der LVR evakuieren weiter Zivilisten von Sewerodonezk, die Geiseln der Nationalisten im Asot-Werk waren.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

**In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine eine Rakete mit einem taktischen Raketenkomplex „Totschka-U“ und 19 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Artilleriegeschützen und 120mm-Mörsern auf Stachanow und Kremennaja abgefeuert.**

Infolge von Beschuss

- starb in Kremennaja eine Frau, geb. 1982, und 3 örtliche Einwohner wurden verletzt;

- wurden in Stachanow 10 Wohnhäuser und 23 Garagen beschädigt.

Informationen über Schäden und Verletzte werden noch genauer ermittelt.

Die Volksmiliz der LVR liefert weiter gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen humanitäre Hilfe für Einwohner der befreiten Territorien der Republik.

So haben Mitglieder der militärisch-patriotischen Bewegung „Junge Garde – Jungarmee“ humanitäre Hilfe an Einwohner von Belowodsk geliefert.

Außerdem haben Soldaten der Volksmiliz der LVR gemeinsam mit Soldaten der Spezialabteilung „Achmat“ Hilfe an Einwohner des befreiten Dorfes Borowskoje geliefert.

8:40 de.rt.com: **Scholz: Gold-Embargo gegen Russland steht nicht fest – "keine Sache, wo abschließend die G7 drüber entscheiden."**

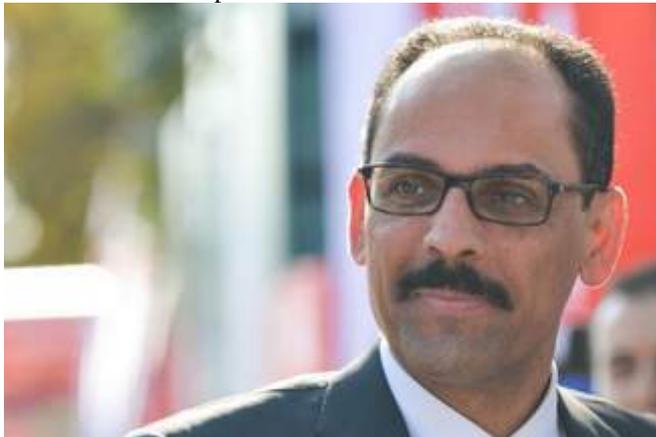
Eine deutsche Beteiligung am Embargo über Gold aus Russland Gold ließ Bundeskanzler Scholz ausdrücklich offen, meldet die Nachrichtenagentur dts. Obwohl die G7-Staaten Großbritannien, Japan, Kanada und die USA sich darauf geeinigt hätten, stehe die Entscheidung sowohl der Bundesregierung im Einzelnen als auch die der EU-Mitglieder unter den G7-Staaten noch aus, so Scholz im ZDF-Morgenmagazin:

"Wir diskutieren diese Frage, aber das wird auch im Kreis der Europäischen Union diskutiert werden müssen. Deshalb ist das keine Sache, wo abschließend die G7 drüber entscheiden."

8:55 de.rt.com: **Ankara: Türkei wird sich den Sanktionen gegen Russland nicht anschließen**

Die Türkei wird sich nicht den westlichen Sanktionen gegen Russland anschließen. Das verkündete Ibrahim Kalin, der Pressesprecher des türkischen Präsidenten, am Sonntag im Fernsehsender „Habertürk“. Er sagte: "Wir verfolgen eine ausgewogene Politik gegenüber Russland."

"Wir verhängen keine Sanktionen und werden uns ihnen nicht anschließen. Wir müssen unsere eigenen Interessen wahrnehmen. Wer wird am Ende mit Russland reden, wenn alle die Brücken abbrechen? Unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland sind so beschaffen, dass die Verhängung von Sanktionen der türkischen Wirtschaft mehr schaden wird als Russland. Wir haben eine klare Position eingenommen. Das ist im Westen akzeptiert worden."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b9382e48fbef272f0b175d.jpg>

9:05 de.rt.com: **LVR-Armee und russische Streitkräfte ziehen Ring um Lissitschansk enger zusammen**

Kräfte der Lugansker Volksrepublik (LVR) und der russischen Armee sollen aus fünf Richtungen gleichzeitig in Lissitschansk eingedrungen sein, wobei sich der Ring um die verbleibende ukrainische Gruppierung aktiv in Richtung Stadtzentrum verengt. Eine der LVR-Volksmiliz nahestehende Quelle erklärte am Sonntag der Nachrichtenagentur [TASS](#):

"In Lissitschansk finden aktive Kämpfe statt. Die alliierten Streitkräfte sind von fünf Standorten aus in die Stadt eingedrungen. Dank unserer aktiven Offensive verengt sich der Ring in Richtung Stadtzentrum."

Zuvor hatte der Botschafter der LVR in der Russischen Föderation Rodion Miroschnik, erklärt, dass das Militär der Republik aktiv von Süden her auf Lissitschansk vorrückt und damit beginnt, das Industriegebiet der Stadt zu räumen.

9:30 de.rt.com: **Bündniskräfte räumen das Gelände im Chemiewerk Asot**

Kämpfer der tschetschenischen Spezialeinheit Achmat und der Volksmiliz der Volksrepublik Lugansk räumen das Gelände am Chemiewerk Asot in der befreiten Stadt Sewerodonezk. Das berichtet ein Korrespondent von RIA Nowosti.

Ein Kämpfer der Achmat-Spezialeinheit mit dem Rufnamen "Kater" sagte der Nachrichtenagentur:

"Wir sind dabei, das Gebiet der Anlage zu räumen. Wir stellen eine Menge Dinge sicher."

Ihm zufolge gibt es auf dem Unternehmensgelände eine ganze Reihe von Verstecken mit ausländischen Waffen und Munition.

Zuvor hatte der Botschafter der LVR in Russland Rodion Miroschnik erklärt, dass etwa 250 Zivilisten,

darunter auch Kinder, am Sonntag aus dem Asot-Werk evakuiert wurden. Am Samstag erklärte das tschetschenische Oberhaupt Ramsan Kadyrow, dass 800 Menschen aus dem Kombinat evakuiert worden seien.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b93a96b480cc27043eaaf7.jpg>

*Kämpfer der tschetschenischen Spezialeinheit Achmat*

**Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 27.6.22 um 10:30 Uhr**

**In den letzten 24 Stunden hat der Gegner** nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 270 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 152mm und 122mm sowie 120mm- und 82mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **11 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Durch Beschuss **starben 2 Zivilisten und 9, darunter ein Kind, geb. 2013, wurden verletzt**. 18 Wohnhäuser und 3 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt. Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: ein Zug Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“ und 2 Panzerfahrzeuge; 3 Feuestellungen des Gegners in den Gebieten von Perwomajskoje und Kudrumowka wurden beseitigt.

9:55 de.rt.com: **In Caracas wird Ladung mit humanitärer Hilfe für die Menschen im Donbass vorbereitet**

Die russisch-venezolanische Handelskammer bereitet in Caracas eine Ladung mit humanitärer Hilfe für die Menschen in den Donbass-Republiken vor. Das teilte der Leiter der Kammer Roman Frolenko gegenüber RIA Nowosti mit.

Die humanitäre Fracht werde langlebige Güter wie Kaffee, Kakao und Schokolade umfassen. Die Logistik für den Versand der Ladung aus Venezuela werde derzeit noch ausgearbeitet. Frolenko hob hervor: "Dies ist die Initiative von gemeinnützigen Partnern und der Industrie- und Handelskammer. Das heißt, es ist eine absolute Volksinitiative von venezolanischen Geschäftsleuten und russischen Geschäftsleuten, die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu Venezuela unterhalten. Wir tun etwas Wichtiges, Gutes und Notwendiges."

Die humanitäre Hilfe werde nach Ermessen der Behörden vor Ort an Waisenhäuser, bedürftige Familien und Bewohner der betroffenen Gebiete verteilt. Ein Teil der Ladung werde wahrscheinlich in das Gebiet Cherson gehen.

10:20 de.rt.com: **Untersuchungskomitee: Ukrainisches Militär tötete einen Zivilisten in Mariupol für dessen Reise auf die Krim**

Mitarbeiter des russischen Untersuchungskomitees haben in Mariupol die Leiche eines Mannes entdeckt, dessen Ermordung durch ukrainische Soldaten im Rahmen einer Untersuchung von Kriegsverbrechen gegen Zivilisten bekannt wurde.

Ein Korrespondent von RIA Nowosti besuchte den Fundort der Leiche, an dem sie untersucht und zur gerichtsmedizinischen Untersuchung übergeben wurde.

Den Ermittlern zufolge sollen ukrainische Soldaten Ende Februar oder Anfang März einen älteren Mann auf der Straße angehalten haben, um dessen Dokumente zu kontrollieren. Anhand seines Passes sei festgestellt worden, dass er 2018 die Grenze zur Krim überquert habe, was als Grund für seine Festnahme und anschließende Ermordung gedient haben soll. Die Leiche wurde hinter eine Mauer einer der Festungsanlagen in Mariupol geworfen und konnte erst nach Hinweisen gefangengenommener Soldaten gefunden werden.

Im Laufe der Ermittlungen untersuchten die Beamten des Untersuchungsausschusses die Leiche genau und entnahmen Proben von genetischem Material, die es den Angehörigen des Opfers ermöglichen können, herauszufinden, was mit ihrem Angehörigen geschehen ist.

#### 10:45 de.rt.com: **LVR: Ukrainisches Militär tötet ausländische Söldner in Lissitschansk und Sewerodonezk**

Die verbleibenden Gruppen der ukrainischen Streitkräfte in Lissitschansk und Sewerodonezk sollen mit der Liquidierung ausländischer Söldner begonnen haben. Dies behauptete eine Quelle aus dem Umfeld der Volksmiliz der Lugansker Volksrepublik (LVR) am Sonntag gegenüber der Nachrichtenagentur [TASS](#). Die Quelle berichtete:

"Die ukrainischen Kämpfer haben den Befehl erhalten, ausländische Ausbilder in Lissitschansk und Sewerodonezk zu liquidieren, da sie über bestimmte Informationen über die Aktivitäten ausländischer Geheimdienste im Donbass verfügen, damit sie nicht gefangengenommen werden und diese Informationen weitergeben können."

Der anonymen Quelle zufolge habe das Militär der LVR bereits die Leichen mehrerer toter Söldner entdeckt: "Als Bestätigung dafür wurden heute mehrere verbrannte Leichen von ausländischen Söldnern entdeckt. Es wurde bereits festgestellt, dass es sich um britische und polnische Söldner handelt."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b95332b480cc24d04b7fa2.jpg>

*Russische Soldaten bei Lissitschansk*

#### 10:58 de.rt.com: **Medienbericht: VAE bieten Russland Hilfe beim Gefangenenaustausch mit der Ukraine an**

Abu Dhabi hat Moskau vorgeschlagen, beim Austausch von Gefangenen mit der Ukraine zu helfen. Berichten zufolge sollen hochrangige Vertreter des Golfstaates einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet haben.

Hochrangige Vertreter der Vereinigten Arabischen Emirate sind an Russland mit dem Vorschlag herangetreten, beim Austausch von Gefangenen mit der Ukraine zu helfen. Das berichtete eine Quelle am Montag gegenüber RIA Nowosti. Die Quelle [erklärte](#):

"Hochrangige Vertreter der Vereinigten Arabischen Emirate sind angesichts der sich entwickelnden Situation in der Ukraine an die russische Seite mit dem Vorschlag herangetreten, beim Austausch von Gefangenen zu helfen. Die von den VAE vermittelten Vorschläge werden bei der Ausarbeitung von Listen über Kriegsgefangene mit der ukrainischen Seite berücksichtigt."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b96f50b480cc0ef5744e8a.jpg>

*Ukrainische Soldaten und Kämpfer des nationalistischen Bataillons Asow, die sich in Mariupol ergeben haben*

### 11:10 de.rt.com: **Gouverneur des Gebiets Kaliningrad: EU-Kommission hat bei Landblockade kafkaesken, "blamablen Mist gebaut"**

Die Europäische Kommission hat in der Frage des Gütertransits in das Kaliningrader Gebiet auf dem Landweg "blamablen Mist gebaut". Diese Wertung gab der Gouverneur des Gebiets Kaliningrad Anton Alichanow auf seinem Telegram-Kanal ab:

"In der Europäischen Kommission gibt es mehr Bürokraten als in den Albträumen von Franz Kafka. Aber Menge bedeutet nicht Qualität, und im Falle der Bürokraten schon gar nicht – also haben sie einfach blamablen Mist gebaut, als sie Antworten auf häufig gestellte Fragen vorbereiteten. Und das ist noch milde ausgedrückt."

Damit verwies der Chef der Region auf die zuvor von ihm selbst aufgestellte Hypothese, dass die Europäische Union bei der Verhängung von Sanktionen gegen Russland das Kaliningrader Gebiet und ihre eigenen Verpflichtungen zur Gewährleistung eines ungehinderten Warentransits aus Russland in diese Exklave nicht mitbedacht und somit schlichtweg vergessen habe.

Die litauische Eisenbahn verwies bei der Benachrichtigung ihrer Kunden über das Verbot des Transits bestimmter Waren nach Kaliningrad auf die Erläuterungen der Europäischen Kommission. Diese sei, wie in der Benachrichtigung angegeben, der Ansicht, dass die Sanktionen gegen Russland auch für den Transit von Waren aus den Regionen nach Kaliningrad durch Litauen gelten.

Weiter wies der Leiter der Region darauf hin, dass der Transit von Gütern durch Litauen bezahlt werde. Außerdem würden keine militärischen Güter über diesen Überlandweg geliefert. Überhaupt hätten sich die Beamten bei ihren eigenen Sanktionen verzettelt:

"Die Europäische Kommission hat sich einfach verzettelt. Sie haben zum Beispiel stillschweigend erlaubt, Gas in Rubel zu bezahlen – aber ein Papier zu Kaliningrad haben sie nicht herausgegeben."

### 11:35 de.rt.com: **USA kündigen neue Sanktionen gegen russischen Rüstungssektor an**

Wegen der militärischen Sonderoperation Russlands in der Ukraine wollen die USA und die anderen G7-Staaten nach Angaben der US-Regierung weitere Strafmaßnahmen gegen Moskau verhängen. Die Maßnahmen richteten sich unter anderem gegen militärische Produktions- und Lieferketten, teilte das Weiße Haus am Montag bei dem G7-Gipfel in Bayern mit.

Die Staats- und Regierungschefs der G7 würden ihre Sanktionen abstimmen und ausweiten, um den Zugang Russlands zu wichtigen Materialien, Dienstleistungen und Technologien aus ihren Volkswirtschaften weiter einzuschränken, hieß es in der Mitteilung. US-Sanktionen gegen den russischen Rüstungssektor würden noch ausgeweitet. Damit solle Russlands Fähigkeit eingeschränkt werden, "militärische Ausrüstung zu ersetzen, die es in seinem brutalen Krieg gegen die Ukraine bereits verloren hat."

Weiter hieß es in der Erklärung, die USA würden auf mehr als 570 russische Produktgruppen mit einem Volumen von rund 2,3 Milliarden Dollar Strafzölle erheben. Biden und die anderen G7-Staats- und Regierungschefs wollen sich darum bemühen, die Einnahmen aus Strafzöllen auf russische Waren zur Unterstützung der Ukraine zu verwenden. Damit soll sichergestellt werden, "dass Russland für die Kosten seines Krieges aufkommt."

In Abstimmung mit den G7-Staaten kündigte das Weiße Haus darüber hinaus Sanktionen gegen Hunderte

weitere Personen und Institutionen an. Das US-Außenministerium werde Einreiseperrren gegen rund 500 Regierungsvertreter verhängen, "weil sie die Souveränität, territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit der Ukraine bedrohen oder verletzen bzw. abweichende Meinungen in Russland unterdrücken."

Nach Angaben der US-Regierung werden sich die G7 außerdem dazu verpflichten, der Ukraine bei der Deckung ihrer kurzfristigen Haushaltsdefizite zu helfen. Die USA wollen dafür aus dem vom US-Kongress beschlossenen Hilfspaket 7,5 Milliarden Dollar bereitstellen. Die Staats- und Regierungschefs der G7 würden zusichern, die Ukraine finanziell, humanitär, militärisch und diplomatisch zu unterstützen, "solange das nötig ist." Diese Zusage beinhaltet auch die Bereitstellung moderner Waffensysteme.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b974c348fbef2860378471.jpg>

US-Präsident Joe Biden spricht neben dem kanadischen Premierminister Justin Trudeau und dem deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz während des ersten Tages des G7-Gipfels auf Schloss Elmau in Bayern, 26. Juni 2022

#### 11:44 de.rt.com: **USA wollen Gold-Embargo: Deutschland stellt sich bei Verschärfung der Sanktionen gegen Russland quer**

Die USA hatten bereits angekündigt, dass sie kein Gold mehr aus Russland importieren wollen. Während die US-Regierung von ihren Partnern erwartet, sich diesen neuen Sanktionen anzuschließen, stellt sich Deutschland bei der Verschärfung der Sanktionen gegen Russland offenbar quer.

Vor Beginn des G7-Gipfels hatten Großbritannien, die USA, Kanada und Japan eine Ausweitung ihrer Sanktionen gegen Russland wegen des Ukraine-Kriegs angekündigt. Die vier G7-Länder sollen "in Kürze" ein Verbot der Einfuhr von russischem Gold in Kraft setzen, hieß es im Vorfeld des Treffens.

Die US-Regierung hat bislang gehofft, dass sich bis zum Gipfelende auch Deutschland und die anderen EU-Länder unter den G7 den Gold-Sanktionen anschließen.

Nun hat sich Deutschland bei der neuen Runde der US-Sanktionen offenbar quergestellt. Die G7-Staaten werden sich nach Angaben von Bundeskanzler Olaf Scholz nicht abschließend auf ein Gold-Embargo gegen Russland verständigen können. Dies müsse erst noch in der EU debattiert werden, sagte Scholz in der ARD.

"Wir diskutieren diese Frage, aber das wird auch im Kreis der Europäischen Union diskutiert werden müssen. Deshalb ist das keine Sache, wo abschließend die G7 drüber entscheiden."

Die USA versuchen, EU-Länder bei der Verschärfung der Sanktionen auf Linie zu bringen, um damit jegliche mögliche Annäherungen zwischen Europa und Russland im Keim zu ersticken. Zugleich haben der Krieg und die Sanktionen die Regierungen in der EU angesichts der steigenden Ölpreise und der galoppierenden Inflation geschwächt. Der Krieg tobt in Europa, und die Sanktionen schlagen am härtesten in den EU-Ländern zu, während die USA weit entfernt von der Konfliktzone sind.

Nach dem Narrativ der USA zum Ukraine-Krieg müsse die Ukraine diesen Krieg gewinnen. Die Linie der US-Regierung in Washington stößt aber nicht überall in Europa auf Zustimmung. Scholz und der französische Präsident Emmanuel Macron drücken sich etwas vorsichtiger aus. Der deutsche Bundeskanzler erklärte mehrfach, dass Russland den Krieg gegen die Ukraine nicht gewinnen dürfe, und sprach bislang nicht von einem Sieg der Ukraine. Es machen zugleich Berichte die Runde, dass

Deutschland und Frankreich vergeblich versucht hätten, die Debatte um ein Kriegsende auf die Tagesordnung beim G7-Gipfel zu bringen – ein Thema, das nicht im Interesse der USA zur "Schwächung Russlands" ist.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b960ea48fbef295b3691f1.jpg>

**nachmittags:**

**12:00 de.rt.com: Neuseeland stellt Kiew 2,8 Millionen US-Dollar für Kauf nicht-tödlicher militärischer Güter bereit**

Neuseeland weitet seine Hilfe und Unterstützung für die Ukraine aus, indem es dem Land Mittel für den Kauf nicht-tödlicher militärischer Güter bereitstellt und die Zahl der Militärangehörigen erhöht, die ukrainische Soldaten ausbilden. Dies gab die neuseeländische Regierungschefin Jacinda Ardern am Montag bekannt.

**12:25 de.rt.com: Ukrainische Truppen in Asot-Nitrochemiewerk haben keine Geiseln mehr – doch bis zu 500 Zivilisten sind noch dort**

Der Botschafter der Volksrepublik Lugansk in Russland, Rodion Miroshnik, erklärte am Montag, es befänden sich keine Geiseln mehr in der Gewalt der ukrainischen Kämpfer im Nitrochemiewerk Asot in Sewerodonezk. Live auf Sendung bei Rossija-24 gab er bekannt:

"Es gibt niemanden, der dort als Geisel der ukrainischen Kämpfer zurückbleibt."

Allerdings könnten sich nach vorläufigen Angaben noch etwa 500 Zivilisten auf dem Werksgelände aufhalten:

"Auf dem Werksgelände von 'Asot' halten sich etwa 500 Menschen mehr auf, vielleicht 50 mehr oder 50 weniger. Und diese Menschen können noch nicht raus, weil einige Durchgänge dort vermint sind. Diese werden von Spezialisten der Lugansker Volksmiliz entmint, und die Menschen können dann entscheiden, ob sie gehen oder auf dem Gelände bleiben".

Aus diesem letzten Satz drängt sich die Schlussfolgerung auf, dass die Flucht bzw. Evakuierung dieser Menschen, neben den Minen, auch aufgrund der Gefechte um das Werksgelände erschwert werden; oder aber durch die Gefahr gezielter Feuereinwirkung vonseiten der dort festsetzenden kiewtreuen Truppen.

**12:59 de.rt.com: Iran startet Weltraumrakete**

Iranische Medien berichteten über den Test einer iranischen Rakete, die laut Teheran dafür eingesetzt werden soll, Satelliten in die Umlaufbahn zu bringen. Die USA hingegen fürchten, dass das Land versucht, Interkontinentalraketen zu entwickeln.

Teheran hat staatlichen Medien zufolge einen neuen Test seiner dreistufigen Satellitenträgerrakete durchgeführt, um sein nationales Raumfahrtprogramm weiterzuentwickeln. Die USA glauben jedoch, dass es sich dabei um ein militärisches Forschungsprogramm für ballistische Raketen handelt, mit dem nukleare Anschlagskapazitäten für die Langstrecke entwickelt werden sollen.

Die Aufnahmen des Countdowns und des Starts wurden am Sonntag vom iranischen Fernsehen ausgestrahlt, wobei jedoch nicht mitgeteilt wurde, wann und wo genau die Rakete gestartet wurde. Es soll sich um eine dreistufige Satellitenrakete mit der Bezeichnung "Suldschanah" handeln, die sowohl feste als auch flüssige Brennstoffe verwendet.

Ein Sprecher des iranischen Verteidigungsministeriums erklärte, der Start sei zu "bestimmten Forschungszwecken" erfolgt und habe bewiesen, dass die Rakete in technischer Hinsicht mit den besten

Satellitenträgern der Welt konkurrieren könne, so der iranische Sender Press TV. Die 25,5 Meter lange Rakete ist Berichten zufolge dafür ausgelegt, einen einzelnen 220 Kilogramm schweren oder mehrere kleinere Satelliten in die Umlaufbahn zu befördern.

Der Start schien wie bereits bei einem vorherigen suborbitalen Flug im vergangenen Februar reibungslos verlaufen zu sein, jedoch gab das Verteidigungsministerium keine Auskunft darüber, ob der jüngste Test letztendlich erfolgreich war beziehungsweise, ob die Rakete den Satelliten erfolgreich platzierte.

Das Weiße Haus äußerte sich sofort besorgt über den Start und bezeichnete ihn als "nicht hilfreich und destabilisierend".

Washington ist bestrebt, im Rahmen eines künftigen Atomabkommens mit der Islamischen Republik Beschränkungen mit Teheran für das iranische Raketenprogramm zu vereinbaren.

Iran investierte in den letzten Jahrzehnten stark in Raketentechnologie für militärische Zwecke. Teheran begründet dies mit der Notwendigkeit einer glaubwürdigen konventionellen Raketenabschreckung gegenüber den USA und ihren regionalen Verbündeten wie Israel und Saudi-Arabien. Die Möglichkeit, Satelliten in die Umlaufbahn zu bringen, wäre für das iranische Militär von Vorteil und würde seine Überwachungs- und Kommunikationsfähigkeiten verbessern.

Washington beschuldigte Teheran wiederholt, Raketenstarts zu nutzen, um Technologien zu testen, die für eine ballistische Interkontinentalrakete erforderlich seien. Mit Interkontinentalraketen könnte Iran das US-Festland bedrohen, wenn sie mit einem nuklearen Sprengkopf versehen wären.

Im Jahr 2018 kündigte die Regierung des damaligen US-Präsidenten Donald Trump einseitig das unter der vorherigen Obama-Regierung mit Iran ausgehandelte Atomabkommen auf und verhängte erneut Sanktionen gegen das Land, die sich gegen die Ölindustrie, die Petrochemie, die Schifffahrt und andere Sektoren richten. Nachdem Joe Biden Trump im Weißen Haus abgelöst hatte, drückte der neue US-Präsident seinen Wunsch aus, das Abkommen wieder in Kraft zu setzen, in der Hoffnung, es auch auf die regionalen Aktivitäten Teherans und sein Programm für ballistische Raketen auszuweiten.

Die Gespräche zwischen Iran und den Weltmächten wurden kurzzeitig wieder aufgenommen, kamen aber im März nach einem Jahr Verhandlungen wieder zum Stillstand. Iran verlangte von Washington Garantien, dass ein künftiger US-Präsident nicht aus einem neuen Abkommen aussteigen würde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b97744b480cc13d17951c8.jpg>

### 13:15 de.rt.com: NATO will Zahl ihrer schnellen Eingreifkräfte von 40.000 auf 300.000 erhöhen

Der Nordatlantikpakt will die Zahl seiner schnellen Eingreifkräfte auf mehr als 300 000 erhöhen. Das kündigte Generalsekretär Jens Stoltenberg am Montag vor dem Gipfeltreffen der 30 Mitgliedstaaten in Madrid an. Bisher umfasst die Nato-Eingreiftruppe NRF rund 40 000 Soldaten.

Das nordatlantische Militärbündnis NATO will seine schnellen Einsatzkräfte drastisch ausbauen. Dies kündigte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg am Montag in Brüssel an. Bisher umfasst die Nato-Eingreiftruppe "Nato Response Force" (NRF) rund 40 Tausend Soldaten und Offiziere. Stoltenberg kündigte deren Aufstockung auf über 300 Tausend an.

Es werde "die größte Generalüberholung seit dem Ende des Kalten Krieges" sagte Stoltenberg zu Journalisten aus allen Mitgliedstaaten. Es sei nötig, "in Zeiten von Krisen und Konflikten" kurzfristig mehr Kräfte einsetzen zu können.

Die Ankündigung erfolgt zwei Tage vor dem in Madrid geplanten NATO-Gipfeltreffen. Stoltenberg beantwortete am Montag in einer großen Pressekonferenz Fragen von Journalisten. Der Antrag russischer Journalisten zum Gipfeltreffen akkreditiert zu werden, wurde vergangene Woche [ohne Begründung abgelehnt](#).



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b99844b480cc17ce4a123a.jpg>  
NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg in der Pressekonferenz am 27.06.22 in Brüssel

### 13:15 de.rt.com: **Großbritannien wird Reparatur der ukrainischen Eisenbahn finanzieren**

Die britische Regierung wird Reparaturmaterial und Ausrüstung im Wert von bis zu zehn Millionen Pfund (rund 11,6 Millionen Euro) für die Instandsetzung der durch die Kampfhandlungen stark beschädigten ukrainischen Eisenbahninfrastruktur bereitstellen. Damit wolle London unter anderem beim Abtransport von Getreide aus dem Land auf dem Schienenweg helfen, verlautete aus dem Büro des Premierministers Boris Johnson.

Das Vereinigte Königreich führe enge Gespräche mit der ukrainischen Regierung darüber, wie die Eisenbahnkapazität vergrößert und der Transport von Zügen und Getreide sichergestellt werden könne, hieß es in der Mitteilung weiter.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b969a7b480cc17ce4a11e4.jpg>  
Ein Eisenbahnwagen an einem Getreideterminal im Gebiet Odessa, 22. Juni 2022

### 13:40 de.rt.com: **"Es wäre eine Katastrophe": Letztem Solarglasersteller in Europa droht bei Gas-Stopp das Aus**

Die Warnungen aus der Wirtschaft, was ein Gas-Stopp für bestimmte Branchen bedeuten könnte, wurden zuletzt immer häufiger. Nun meldet sich auch ein Unternehmen zu Wort, das mit seinem Produkt – Solarglas – eigentlich die Energiewende vorantreiben kann und soll. Bei einem Gas-Stopp droht der Firma allerdings das Aus.

Das Gas sei "von nun an ein knappes Gut in Deutschland", erklärte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck vergangene Woche, als er die [Alarmstufe im "Notfallplan Gas"](#) ausrief. Derzeit sei zwar die Versorgungssicherheit gewährleistet, doch der Grünen-Politiker mahnte Firmen und Verbraucher, Gas zu sparen. Die Bundesnetzagentur beschwichtigte ebenfalls. Sie schob aber gleich hinterher, dass die Lage angespannt sei und "eine Verschlechterung der Situation nicht ausgeschlossen" werden könne.

Was das in der Praxis konkret bedeuten könnte, erklärten Vertreter der Firma Glasmanufaktur Brandenburg (GMB) aus Tschernitz im Landkreis Spree-Neiße gegenüber [rbb](#). Das Unternehmen, das nahe der Grenze

zu Polen angesiedelt ist, stellt Solarglas her, das in Sonnenkollektoren verwendet wird. Die Vorzeigetechnologie ist ein wichtiger Bestandteil der von der Bundesregierung angestrebten Energiewende.

Doch für die Produktion der glänzenden Glasrechtecke benötigt das Unternehmen enorme Energiemengen. Für die Schmelzöfen der Firma, in denen auf über 1.600 Grad Celsius etwa Dolomit [erhitzt](#) wird, um Glas herzustellen, ist Gas unverzichtbar. Die Glasmanufaktur Brandenburg verbraucht demnach Mengen davon mit einem Energiegehalt von 420.000 Kilowattstunden täglich.

Schon jetzt belasten die enorm gestiegenen Preise diese Firma, weil dadurch die Herstellungskosten in die Höhe schießen. Das brandenburgische Unternehmen konnte bislang dank dem günstigen Gas aus Russland mit den Herstellern aus China – derzeit Weltmarktführer auf diesem Sektor – noch konkurrieren.

Doch noch mehr Sorgen macht Geschäftsführer Nico Succolowsky der mögliche Gas-Stopp. Gegenüber dem rbb erklärte er, man habe ihm aus der Bundesnetzagentur zwar zunächst gesagt, dass "der Gashahn nicht zugeht" werde. Zugleich habe man die Firma aber darauf hingewiesen, darauf vorbereitet zu sein, "die Schmelzwanne im Ernstfall innerhalb von 30 Tagen herunterzufahren". Doch laut Produktionsleiter Karsten Zeisig "wäre dies eine Katastrophe". Dem Sender gegenüber [schilderte](#) er das Problem: "Ist die Wanne kalt, dauert es 18 Monate, sie wieder anzufahren."

In einem solchen Fall gäbe es nicht nur Schäden an den Materialien in den Öfen, sondern auch die Arbeitsplätze wären bedroht. Laut Vertretern der Firma würde es in Tschernitz um 300 Jobs gehen. Auf andere fossile Brennstoffe wie Kohle kann das Unternehmen demnach in dieser Technologie nicht zurückgreifen. Zudem wäre nicht nur die lokale Wirtschaft geschwächt, sondern das Aus hätte enorme Folgen auch für ihre Partner in ganz Europa.

Den Angaben der Firma zufolge sei sie der letzte Solarglasersteller auf dem Kontinent. Ein Aus in Brandenburg würde demnach auch die gesamte Branche und Modulhersteller treffen. Produktionsleiter Zeisig erklärte:

"Wir reißen die ganze Solarindustrie mit. Es gibt keinen Lieferanten mehr von Solarglas. Mittlerweile sind wir der einzige Solarglasproduzent in ganz Europa."

Ohne die Firma sei die Energiewende in Deutschland "nicht zu schaffen", ergänzte Zeisig.

Erst jüngst ergab eine [Studie](#) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), dass bei einem Stopp russischer Gaslieferungen rund zwei Drittel der energieintensiven Betriebe in Deutschland, die Erdgas brauchen, deutliche Produktionseinschränkungen bis hin zu einem Stopp erwarteten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b96e1048fbef12a5602fba.jpg>

### 13:40 de.rt.com: **Niederländer wollen keine ukrainischen Flüchtlinge in ihren Wohnungen allein lassen – Heime aller Art erwarten Andrang in Urlaubssaison**

Die Einwohner der Niederlande haben damit begonnen, ukrainische Flüchtlinge aus ihren Häusern und Wohnungen zu räumen. Jetzt bereiten sich die Kommunen des Landes auf einen Zustrom von Menschen in Notunterkünften vor, [schreibt](#) NU.nl.

Ein an der Asylaufnahme der Ukrainer Beteiligter erklärte:

"Die Katze kommt in die Tierpension und die Ukrainer in die Aufnahmeeinrichtung, ja, das ist die raue Wirklichkeit."

Die Direktion der [Sicherheitsregion](#) Brabant-Zuidoost wird zitiert:

"Die Flitterwochen sind vorbei, genug ist genug. Jetzt gibt es einen Zustrom von Menschen, die sagen: 'Ich fahre in den Urlaub und möchte nicht, dass Ukrainer in meinem Haus allein bleiben.' Manchmal werden die Ukrainer wirklich nur an der Rezeption abgesetzt."

Die Behörde stellte fest, dass die Einheimischen "ihre Herzen und ihre Häuser öffneten, ohne sich der Folgen bewusst zu sein".

Dennoch wird betont, dass die Gastgeberfamilien diese Art der Aufnahme der ukrainischen Flüchtlinge lediglich für die Urlaubszeit anstreben.

In fast allen Sicherheitsregionen seien kommunale Aufnahmestellen für Ukrainer reserviert, die aus privaten Aufnahmestellen zum Beispiel von niederländischen Gastfamilien dorthin gebracht werden können.

#### 14:05 de.rt.com: **Berichte: Selenskij hofft auf Kriegsende bis Winter**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hofft Berichten zufolge auf die Beendigung der Feindseligkeiten in der Ukraine noch in diesem Jahr. Beim G7-Gipfel verwies er Teilnehmerkreisen zufolge auf die Härte des Winters, die Gefechte erschwere, wie Reuters und die Deutsche Presse-Agentur meldeten. Zum Jahresende hin würden etwa Positionen gefrieren.

Selenskij war am Montag zu einer Arbeitssitzung der Staats- und Regierungschefs der G7-Länder auf Schloss Elmau in Bayern zugeschaltet worden. Der Präsident bedankte sich dabei auch für die Entscheidung, der Ukraine den Kandidatenstatus für den EU-Beitritt zu erteilen, wie es aus Teilnehmerkreisen hieß.

Laut einer Mitteilung von Selenskij's Büro auf Telegram bedankte sich der Präsident bei der Videoschalte auch für die finanzielle und militärische Unterstützung der G7. Die Ukraine habe die Unterstützung der Staaten der "großen Sieben" gespürt, sagte er demnach. Für Kiew sei eine Verschärfung der Sanktionen gegen Russland wichtig. Hervorgehoben wurde die diskutierte Deckelung des Preises für exportiertes russisches Erdöl.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b9969d48fbef33d93b77a3.jpg>

*Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij spricht per Videoschalte zu den Staats- und Regierungschefs der G7-Länder am zweiten Tag des G7-Gipfels auf Schloss Elmau in Bayern, 27. Juni 2022*

#### 14:07 de.rt.com: **Sonderbeauftragter des Präsidenten: Abkopplung Russlands vom globalen Netz ausgeschlossen**

Russland vom globalen Internet abzuschneiden, ist laut dem Sonderbeauftragten des russischen Präsidenten unmöglich – selbst wenn dies von außen versucht wird. Seit Beginn der Ukraine-Krise wird eine solche Möglichkeit in den westlichen Medien diskutiert.

Es sei praktisch unmöglich, Russland vom globalen Internet abzukoppeln, erklärte Dmitri Peskow, der Sonderbeauftragte des russischen Präsidenten für die Digitalisierung auf dem Petersburger Wirtschaftsforum (SPIEF). Russland werde sich auch nicht vom weltweiten Netz abschotten, meinte er gegenüber der Nachrichtenagentur [RIA Nowosti](https://ria.ru/). Er sagte unter anderem:

"Wir haben uns darauf vorbereitet, so dass das russische Internet weiter bestehen wird, auch wenn man versucht, es stillzulegen."

Seit dem Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine wird in den westlichen Medien diese Option als eine weitere Sanktionsmaßnahme diskutiert. Vor einigen Wochen hatte das US-Außenministerium die für die Bereitstellung des Internets verantwortlichen Strukturen aufgefordert, Russland nicht vom globalen Netz abzukoppeln, um der Bevölkerung den "freien Zugang zu den Informationsressourcen nicht zu verwehren". Man müsse alles tun, damit das Informationsumfeld in Russland "nicht eingeschränkt wird", sagte Ned Price, Leiter des Pressedienstes des US-

Außenministeriums. "Deshalb fordern wir die Verantwortlichen auf, keine sogenannten Internetsperren zu verhängen, um den Informationsfluss nach Russland zu gewährleisten", fügte er hinzu.

Laut Peskow sei man auf derartige Sperren jedoch vorbereitet. "Wenn die Verbindung von außen unterbrochen sein sollte, werden wir überleben: Die lokalen Ressourcen werden funktionieren, und die Verbindungen zum globalen Internet werden wir herstellen", erklärte er gegenüber RIA Nowosti.

Zuvor hatte Maksut Schadaew, Leiter des russischen Ministeriums für digitale Wirtschaft, darauf hingewiesen, dass Russland den Internetverkehr über Asien umleiten werde, sollte das Land von den europäischen Schnittstellen abgekoppelt werden. Auf ein solches Szenario seien die Internetbetreiber vorbereitet. Der Minister erinnerte daran, dass es bereits Präzedenzfälle gegeben hätte, in denen russische Betreiber an internationalen Schnittstellen vom Datenverkehr im Netz getrennt worden seien, meldete die Nachrichtenagentur RIA Nowosti.

In einem Interview mit Radio Sputnik erklärte Urwan Parfentjew, Koordinator des Zentrums für sicheres Internet, dass es bei den alternativen Szenarien um neue Verkehrswege gehe:

"Wir sind uns der zahlreichen Überlegungen bewusst, dass Russland vom Internet abgekoppelt werden soll.

In diesem Fall handelt es sich um ein eher technisches Szenario, bei dem beispielsweise eine Reihe von Schnittstellen für den Datenverkehr ausgeschaltet werden. Es sollte jedoch klar sein, dass das Internet ein globales System ist. In der Regel gibt es in vielen Ländern eine Vielzahl solcher Schnittstellen für den grenzüberschreitenden Datenaustausch. Wenn plötzlich aus irgendeinem Grund beschlossen wird, dass der Datenverkehr über die europäischen Knotenpunkte gestoppt wird, wird das russische Segment des Internets weiterhin über diejenigen Schnittstellen und Übertragungswege mit dem globalen System verbunden sein, die weiterhin verfügbar sind. Es geht einfach darum, alternative Routen für den Datenverkehr zu wählen. Wenn man einen Vergleich macht, fährt man nicht auf der einen Straße, sondern auf einer anderen."

Die Datensicherheit werde durch die Umleitung des Internetverkehrs nicht beeinträchtigt, so der Experte.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b98348b480cc27fb6161c2.jpg>

Dmitri Peskow, der Sonderbeauftragte des russischen Präsidenten für die Digitalisierung auf dem Petersburger Wirtschaftsforum (SPIEF). 15. Juni 2022, Sankt Petersburg, Russland

#### 14:23 de.rt.com: **Kreml-Sprecher Peskow: Bloomberg-Berichte über Russlands Schuldnerverzug ungerechtfertigt**

Der Kreml weist die Behauptung zurück, Russland befinde sich im Hinblick auf seine Auslandsschulden im Zahlungsverzug, erklärte Dmitri Peskow, Sprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Zuvor hatte die US-Nachrichtenagentur Bloomberg derartige Information verbreitet.

Der Kreml weist die Behauptung zurück, Russland befinde sich im Hinblick auf seine Auslandsschulden erstmals seit dem Jahr 2018 im Zahlungsverzug, erklärte Dmitri Peskow, Sprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin.

Peskow erinnerte an die wohlbekannt Position der russischen Führung: dass der Westen illegal Vermögenswerte blockiert hat. Zudem mahnte Peskow, dass jegliche Versuche, dieses Geld in irgendeiner Weise zu verwenden, ebenfalls rechtswidrig wären, und "im Grunde genommen würde es einen regelrechten Diebstahl bedeuten".

"Also diese Behauptungen des Zahlungsverzugs sind auch in diesem Fall völlig unrechtmäßig: Denn bereits im Mai wurde die notwendige Zahlung in der Sollwährung geleistet. Und die Tatsache, dass Euroclear das Geld einbehalten, es den Empfängern nicht zugeleitet hat – das ist bereits nicht mehr unser Problem. In

diesem Fall gibt es also keinerlei Grundlage, die Situation als Schuldnerverzug zu bezeichnen." Das russische Finanzministerium musste am 27. Mai die Coupons für zwei Emissionen von Euro-Staatsanleihen auszahlen. Dies wurde sogar im Voraus veranlasst, da das US-Finanzministerium sich erwartungsgemäß weigerte, die Lizenz zu verlängern. Diese Lizenz erlaubte es Russland, seine Auslandsschulden trotz Sanktionen zu bedienen. Die Zahlstelle, die russische Nationale Abrechnungsstelle, erhielt dafür Mittel zur Auszahlung von Erträgen aus Eurobonds: einmal mit Fälligkeit im Jahr 2026 in Höhe von 71,25 Millionen US-Dollar und einmal mit Fälligkeit im Jahr 2036 in Höhe von 26,5 Millionen Euro. Die Wertpapierhalter haben jedoch noch immer keine Zahlungen erhalten und die einmonatige Frist für die Auszahlung der Mittel an die Anleger läuft ab. Die Nachrichtenagentur Bloomberg führt ihre Behauptung über einen angeblichen Schuldnerverzug Russlands darauf zurück, dass diese Fristen in der Nacht zum Montag, 27. Juni, abgelaufen sind. Gleichzeitig relativieren die US-Journalisten, der angebliche Zahlungsausfall sei zunächst "hauptsächlich symbolischer Natur und wird für die Russen nur wenig ändern". Präsident Wladimir Putin hatte zuvor ein Dekret über ein vorübergehendes Verfahren zur Erfüllung von Zahlungspflichten im Rahmen der staatlichen Auslandsverschuldung unterzeichnet. Die Erfüllung der Zahlungspflichten solle durch sogenannte "I"-Konten in russischen Rubeln erfolgen, was Abrechnungen mit Begünstigten in russischer Währung ermöglicht.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b9a083b480cc13d1795224.jpg>

15:20 de.rt.com: **Türkei richtet Getreide-Einsatzzentrum in Istanbul ein**

Der Leiter des Verbindungsbüros der türkischen Präsidentschaftsverwaltung, Fahrettin Altun, hat mitgeteilt, dass ein Konsens über die Einrichtung eines Einsatzzentrums in Istanbul zur Lösung der Getreide-Krise erzielt worden sei. Im Interview mit der italienischen Zeitung Il Messaggero erklärte der Beamte:

"Wir haben eine Vermittlerrolle übernommen, und die Kontakte haben zu einem Konsens über die Einrichtung einer Einsatzzentrale in Istanbul geführt. Wir hoffen, dass die mit Getreide beladenen Schiffe so bald wie möglich abgezogen werden. Wir legen großen Wert auf die sichere Durchführung dieses Prozesses und die Vermeidung von Unfällen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b98f1fb480cc14e35b074d.jpg>

14:39 de.rt.com: **New York Times: Deutschland ist Drehkreuz eines Stellvertreterkrieges zwischen USA und Russland**

Die Öffentlichkeit in Deutschland ist sich des Ausmaßes der deutschen Beteiligung am US-Stellvertreterkrieg der Ukraine gegen Russland bislang nicht bewusst. Am Sonnabend gewährte die New

York Times in einem Artikel Einblicke in das westliche militärische Engagement, das von deutschem Boden aus entfaltet wird.

Um zu erfahren, was in Deutschland geschieht (und wie tief Deutschland schon in einem – je nach Interpretation: sich anbahnenden oder bereits tobenden – Weltkrieg steckt), sollte man auch die US-amerikanische Presse zur Kenntnis nehmen.

Die New York Times (NYT) veröffentlichte am Wochenende einen [größeren Bericht](#) über die Beteiligung westlichen (nicht nur des US-amerikanischen) Militärs am Krieg in der Ukraine. Eine [deutsche Übersetzung](#) wurde auf der Plattform Anti-Spiegel publiziert.

Nach Informationen der NYT umfasst das Engagement der NATO-Länder unter anderem und neben dem, was öffentlich bereits bekannt ist, auch "ein verdecktes Netzwerk von Kommandos und Spionen, das nach Angaben [US-]amerikanischer und [EU-]europäischer Beamter Waffen, Aufklärungsdienste und Schulungen bereitstellt".

Zwar finde ein Großteil dieser unterstützenden Aktivitäten außerhalb der Ukraine statt, "zum Beispiel auf Stützpunkten in Deutschland, Frankreich und Großbritannien", doch würden CIA-Mitarbeiter weiterhin heimlich im Land arbeiten, vor allem in der Hauptstadt Kiew. Ein Großteil der riesigen Mengen an militärisch relevanten Informationen, die die Vereinigten Staaten den ukrainischen Streitkräften zur Verfügung stellen, werde über ortsansässiges Personal geleitet. Die NYT beruft sich dabei auf "derzeitige und ehemalige Beamte".

Außer US-amerikanischen sollen auch einige Dutzend Kommandoeinheiten aus anderen NATO-Ländern (die NYT erwähnt ausdrücklich Großbritannien, Frankreich, Kanada und Litauen) in der Ukraine tätig sein. Die Vereinigten Staaten zogen zwar ihre eigenen 150 Militärausbilder ab, noch bevor der Krieg in der Ukraine im Februar eskalierte, aber die Kommandotruppen aller dieser Verbündeten sind geblieben oder wurden sogar nach Beginn der russischen Spezialoperation in die Ukraine verlegt, um ukrainische Truppen auszubilden, zu beraten und Waffen und andere Hilfsgüter vor Ort zu liefern. Auch bei diesen Angaben beruft sich die Zeitung auf drei US-Beamte.

Aus deutscher Sicht besonders relevant und besorgniserregend sind mutmaßliche Aktivitäten der 10. Gruppe der US-Spezialkräfte, welche diese Gruppierung nach Angaben der NYT in Deutschland entfaltet. Schon vor Kriegsausbruch habe diese Einheit ukrainische Einsatzkommandos "auf einer Basis im Westen" Deutschlands ausgebildet. Nach dem 24. Februar hat diese Gruppe auf derselben Militärbasis in Deutschland insgeheim eine "Koalitionsplanungszelle" eingerichtet, von wo aus die militärische Unterstützung der ukrainischen Spezialeinheiten-Kommandos koordiniert wird. An diesem Planungsstab sollen inzwischen Vertreter von 20 Nationen beteiligt sein.

Die für das Heer zuständige Staatssekretärin im Pentagon Christine E. Wormuth gewährte im vergangenen Monat einen Einblick in diese US-geführte Operation und erklärte, die Sondereinsatzzelle habe dabei geholfen, den steten Fluss von Waffen und Ausrüstung in der Ukraine zu steuern.

"Während die Ukrainer versuchen, diese zu transportieren und den russischen Angriffen auf die Konvois auszuweichen, versuchen wir dabei zu helfen, den Transport all dieser verschiedenen Arten von Lieferungen zu koordinieren. (...) Eine weitere Sache, bei der ich denke, dass wir helfen können, sind Informationen darüber, wo die Bedrohungen für diese Konvois sein könnten", sagte sie auf einer [Zoom-Veranstaltung des Atlantic Council](#) am 31. Mai.

Dass Deutschland demnächst zu einem Ziel russischer Raketenangriffe werden könnte, folgt aus der Bedeutung des auf der westdeutschen Basis installierten Planungsstabes der amerikanisch-ukrainischen Spezialeinheiten. Diese umreißt die New York Times unter Berufung auf einen Militärsprecher so: "Die Zelle, die einer in Afghanistan eingesetzten Struktur nachempfunden wurde, ist Teil einer größeren Anzahl von operativen und nachrichtendienstlichen Koordinierungszellen, die vom Europäischen Kommando des Pentagon geleitet werden, um die Unterstützung der ukrainischen Truppen durch die Alliierten zu beschleunigen. Auf dem Luftwaffenstützpunkt Ramstein in Deutschland beispielsweise unterstützt ein Team der US-Luftwaffe und der Air National Guard mit dem Namen 'Grey Wolf' die ukrainische Luftwaffe unter anderem mit Taktik und Technik."

Thomas Röper formuliert das Resümee des NYT-Artikels für den Anti-Spiegel so klar wie drastisch: "Die USA und die NATO sind Kriegsparteien in der Ukraine."

Bleibt die Frage: Deutschland nicht ebenso?



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b9a09d48fbef295b36925e.jpg>

Militär-Transportflugzeuge auf der US Air Base in Ramstein, Deutschland am 13. Mai 2022

### 15:58 de.rt.com: **Borrell in Teheran - Israels Geheimdienste in der Iran-Atomfrage zerstritten**

Die stockenden Verhandlungen über den Atomdeal mit Iran sollen in den nächsten Tagen wieder in Gang gebracht werden, – nachdem der EU-Außenbeauftragte [Josep Borrell Teheran besucht](#) hatte. Inzwischen melden die israelischen Medien, dass Militärgeschäftsleute und Mossad in der Debatte um die Wiederbelebung des Atomdeals mit Iran zerstritten sind.

Im Bemühen um eine Wiederbelebung des Atomdeals mit Iran kamen am Samstag der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell und der iranische Außenminister Hossein Amir-Abdollahian in Teheran zusammen. Die Verhandlungen sollen "in den kommenden Tagen" wieder aufgenommen werden, während die Nahost-Tour des US-Präsidenten Joe Biden bevorsteht. Ein genaues Datum für die neue Runde der Atomgespräche wurde allerdings nicht genannt.

Zuvor hatte der israelische Außenminister Yair Lapid, laut [Politico-Informationen](#), den EU-Außenbeauftragten Borrell wegen seines geplanten Besuchs in Teheran, der darauf abzielte, die Verhandlungen über das Atomabkommen mit Iran wiederzubeleben, attackiert. Lapid soll Borrell beschuldigt haben, die jüngsten israelischen Warnungen außer Acht gelassen zu haben. Laut dieser habe Iran geplant, "israelische Zivilisten in der Türkei zu töten".

In den letzten Monaten kam es im Iran zu zahlreichen Mordanschlägen auf iranische Wissenschaftler und Offiziere der Iranischen Revolutionsgarde, in die der israelische Auslandsgeheimdienst Mossad involviert gewesen sein soll. Lapid traf sich letzte Woche mit dem türkischen Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu, um nach Darstellung der israelischen Medien mutmaßliche Angriffspläne auf Israelis und mögliche Vergeltungsaktionen Irans in der Türkei zu vereiteln.

Die israelische Zeitung [Jerusalem Post](#) berichtete, dass inzwischen mehrere israelische Generäle, darunter der Leiter des Militärgeschäftsleutes, Aaron Haliva, eine Rückkehr zu einem Atomdeal mit Teheran unterstützen, während sich der Stabschef der israelischen Streitkräfte, Aviv Kohavi, gegen die Wiederbelebung des Atomabkommens gestellt habe. Mossad-Chef David Barnea soll Kohavis Position zum Iran befürworten.

Haliva und mehrere andere hochrangige Offiziere glauben, dass "ein schlechtes Abkommen" besser sei als überhaupt kein Abkommen, da es Israel ermögliche, sich auf umfassende militärische Reaktionen gegen den Iran vorzubereiten. Auch Israels Verteidigungsminister Benny Gantz soll davon überzeugt sein, dass die Rückkehr zu einem Deal die am wenigsten schlechte Option für sein Land ist.

Kohavi machte hingegen deutlich, dass er das Abkommen JCPOA (Joint Comprehensive Plan of Action) als gefährlich ansehe, und sagte mehrfach öffentlich, dass er die IDF (Israel Defense Forces) angewiesen habe, neue Operationspläne für Angriffe auf den Iran auszuarbeiten, um dessen Atomwaffenausbau notfalls mit Luftangriffen zu stoppen. Das Atomabkommen ist zeitlich bis ins Jahr 2025 beschränkt. Der Mossad glaubt, dass Teheran, wenn die Auslaufklausel der Vereinbarung in Kraft tritt, seine Pläne noch weiter beschleunigen und Uran ohne Aufsicht über das vereinbarte Niveau hinaus anreichern werde.

EU-Chefverhandler Enrique Mora hatte Mitte Mai in Teheran vergeblich für eine Einigung bei den stockenden Atomverhandlungen mit Iran geworben. Moras Reise nach Iran hatte allerdings ein bizarres Nachspiel: Auf dem Rückweg wurde er während einer Zwischenlandung in Frankfurt mehrere Stunden von der Polizei festgehalten. Nach dem Vorfall kommentierte die iranische Nachrichtenagentur [IRNA](#), dass Israel hinter dem Geschehen stecke, das den Fortschritt bei den Iran-Verhandlungen zunichtemachen wolle. Der Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO), Rafael Grossi, besuchte ein paar Tage später Israel. Das Treffen sorgte für Aufregung in Teheran. Denn Israel unterschrieb den [Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen](#) nicht und ist damit auch nicht den regelmäßigen

Untersuchungen durch die IAEO unterworfen. Wenige Tage nach dem Besuch von Grossi in Israel warf der Gouverneursrat der IAEO dem Iran im Rahmen einer Resolution "mangelnde Kooperation" vor. Die Wiener Atom-Gespräche sind seit März festgefahren. Die USA und Iran, die offiziell seit dem Jahr 1980 keine diplomatischen Beziehungen mehr unterhalten, beschuldigen sich wechselseitig, die Verhandlungen zu blockieren und kommunizieren indirekt über die EU miteinander.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b96ac348fbef2ade13ad98.jpg>

*Der iranische Außenminister Hossein Amir-Abdollahian nimmt am 25. Juni 2022 an einer Pressekonferenz mit Josep Borell, dem EU-Außenbeauftragten im Hauptquartier des Außenministeriums in der iranischen Hauptstadt Teheran teil*

#### 16:15 de.rt.com: **Staatsduma: Lieferung von US-Langstreckenluftabwehr an Kiew widerspricht Erklärungen über Verhandlungsbereitschaft**

Veröffentlichungen wie die über Lieferungen von Raketenabwehrsystemen an Kiew widerlegen derzeit die eigenen Aussagen der USA über ihren Verhandlungswillen. So wertete der Leiter des Ausschusses für internationale Angelegenheiten in der Russischen Staatsduma und Vorsitzender der Liberal-Demokratischen Partei Russlands, Leonid Sluzki, die Lage gegenüber RIA Nowosti:

"Wir können über unsere Reaktion oder die Folgen nur spekulieren, wenn die Entscheidungen über die Lieferungen getroffen und vom US-Kongress gebilligt worden sind. Im Moment jedoch widerlegen solche Veröffentlichungen nur die Erklärungen von Vertretern des US-Außenministeriums und des Weißen Hauses über den Wunsch, die gegenwärtige Situation auf diplomatischem Wege zu regeln."

Zuvor berichtete CNN unter Berufung auf eine Quelle in der US-Regierung, die USA würden möglicherweise noch in dieser Woche ihre Absicht bekannt geben, die Ukraine mit Lang- und Mittelstrecken-Raketenabwehrsystemen, etwa den US-norwegischen NASAMS, zu beliefern.

#### 16:23 de.rt.com: **Irans Präsident gibt ausländischen Mächten Schuld für Probleme im Nahen Osten**

Bei einem Besuch im benachbarten Irak erklärte der iranische Präsident, dass die Probleme in der Region von allen dort beheimateten Staaten selbst gelöst werden müssen. Zudem kritisierte er die Versuche Israels, die Beziehungen zu anderen Staaten der Region "zu normalisieren".

Der iranische Präsident Ebrahim Raisi hat vor den schädlichen Auswirkungen der Anwesenheit und Einmischung von ausländischen Mächten im Nahen Osten gewarnt und darauf hingewiesen, dass Frieden und Ruhe in der Region allein von den Staaten der Region gewährleistet werden können, wie die iranische Nachrichtenagentur Tasnim berichtete.

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem irakischen Premierminister Mustafa Al-Kadhimi, die am Sonntag in Teheran stattfand, begrüßte Raisi den Besuch des irakischen Premierministers in Iran. Der iranische Präsident sagte:

"Die Beziehungen zwischen Iran und Irak sind keine gewöhnlichen und traditionellen Beziehungen, sondern sehr tiefe Beziehungen, die in der alten Kultur und den gemeinsamen Überzeugungen der beiden Nationen und der beiden Länder verwurzelt sind. Und heute haben die hohen Verantwortlichen der beiden Länder den tiefen und ernsthaften Willen, die Beziehungen in allen Bereichen auszubauen."

In Bezug auf die Politik seiner Regierung, die Beziehungen zu den Nachbarn auszubauen, fügte der Präsident Irans hinzu, dass man in Teheran die irakische Nation als jene ansehe, die der iranischen Nation am nächsten stehe. In den Gesprächen über die politischen, wirtschaftlichen und handelspolitischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern einigten sich laut Raisi beide Seiten darauf, diese auszubauen. Zudem erklärte Raisi:

"Wir glauben, dass die Gespräche zwischen den Vertretern der Länder die Probleme der Region lösen

können, und wir betonen, dass die Anwesenheit oder Einmischung von Außenstehenden in der Region kein Problem löst. Und deshalb betonen wir die Notwendigkeit, dass die Vertreter der Länder in der Region miteinander verhandeln, um Probleme und Fragen zu lösen."

Raisi betonte auch die Notwendigkeit, die Probleme des jemenitischen Volkes so schnell wie möglich zu lösen und einen Waffenstillstand in dem arabischen Land herbeizuführen:

"Die Aufhebung der Belagerung des Jemen und der Jemeniten und der jemenitisch-jemenitische Dialog können die Probleme dieses Landes lösen und das Leiden des jemenitischen Volkes beenden."

Die Fortsetzung dieses Krieges sei "zweifelloos" sinnlos und führe nur dazu, dass das jemenitische Volk weiter leide, daher muss dieser Krieg so schnell wie möglich beendet werden, und der Waffenstillstand kann ein Schritt zur Lösung der Probleme sein", erklärte er. Raisi kritisierte außerdem die Versuche Israels, die Beziehungen zu den regionalen Ländern zu normalisieren. Diese Versuche würden "in keiner Weise für Sicherheit sorgen".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b97d18b480cc0ef5744ea1.jpeg>

#### 16:45 de.rt.com: **DVR-Behörden: Mehr als 50.000 ukrainische Soldaten seit Beginn der militärischen Sonderoperation getötet**

Der erste stellvertretende Informationsminister der Volksrepublik Donezk, Daniil Bessonow, hat die menschlichen Verluste der ukrainischen Armee im Laufe der russischen militärischen Sonderoperation in der Ukraine auf mehr als 50.000 Mann geschätzt. Im Gespräch mit dem russischen TV-Sender Perwy Kanal sagte er:

„Nach meinen Beobachtungen haben sie, wenn man alles, was im Internet auftaucht, zusammenzählt, mehr als 50.000 Tote zu beklagen - wenn man die gesamte Frontlinie betrachtet. Die Verwundeten werden in der Regel eins zu drei oder eins zu vier gezählt - das heißt, grob gesagt, mehr als 150.000 könnten verwundet sein.“

Bessonow fügte hinzu, dass die meisten kampffähigen und erfahrenen ukrainischen Einheiten inzwischen vernichtet oder gefangengenommen wurden, während die Ersatzkräfte, die an ihre Stelle treten, "äußerst demoralisiert" seien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b9a17048fbef2ade13adf8.jpg>

17:15 de.rt.com: **Russische Luftstreitkräfte beschießen Rüstungswerk in Kiew**

Die russischen Luft- und Weltraumkräfte haben mit gezielten Luftangriffen ein Rüstungswerk in Kiew ins Visier genommen. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums wurden am Sonntag vier Luft-Boden-Präzisionsraketen auf die Werkstätten der Fabrik Artjom abgeschossen. Das Unternehmen stellte unter anderem Munition für ukrainische Mehrfachraketenwerfer her.

Laut der Behörde erreichten alle Raketen ihr Ziel, die zivile Infrastruktur der ukrainischen Hauptstadt kam dabei nicht zu Schaden.

Das ukrainische Militär versuchte seinerseits, die russischen Raketen abzufangen, indem es mehr als zehn Flugabwehrraketen der Systeme S-300 und Buk-M1 abfeuerte. Dabei wurden zwei der vom S-300 abgefeuerten Raketen von den ukrainischen Buk-Raketensystemen abgeschossen. Eines der Geschosse könnte auf ein Wohngebäude abgestürzt sein, hieß es.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 27. Juni 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

In Mariupol wurde ein Kommunikationsobjekt in Betrieb genommen und Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an einem Fasoptikel Kabel vorgenommen.

An die Einrichtungen des Gesundheitswesens wandten sich mehr als 1000 Menschen.

Der Straßenbelag auf der Autostraße Kremenewka – Jalta wurde ausgebessert.

Zivilschutzkräfte haben **mehr als 6 Hektar Territorium und 700 Quadratmeter Gebäude untersucht und 77 explosive Objekte entschärft.**

Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben im Bezirk Krasnyj Liman 1620 humanitäre Pakete ausgegeben.

Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Meldungen über vorhandene Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften entgegen.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:33 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Schäden am Wohnhaus in Kiew durch ukrainische Luftabwehr**

Am Sonntag hat Kiew über Schäden an einem Wohngebäude und einem Kindergarten durch angeblichen russischen Raketenbeschuss berichtet, RT DE hatte darüber berichtet. Am Montag hat das russische Verteidigungsministerium bestritten, dass die zivilen Objekte durch russische Raketen getroffen wurden.

Das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation in Moskau hat den Raketenangriff auf eine Rüstungsfabrik in Kiew am Sonntag bestätigt, zugleich wurde aber nachdrücklich die Verantwortung für die Beschädigungen an einem Wohnhaus in der Nähe des Zielobjekts zurückgewiesen.

Alle vier hochpräzisen Raketen der russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte seien am frühen Morgen des 26. Juni auf dem Gelände des Unternehmens für den Bau von Raketenwaffen Artjom (Aprëm) im Kiewer Stadtteil Schewtschenkiwskyj eingeschlagen. In der Anlage wird Munition für ukrainische Mehrfachraketenwerfer hergestellt. Nach Angaben der Zielsteuerung haben alle vier Raketen ihr Ziel erreicht, heißt es in der Mitteilung des russischen Ministeriums. Die Einrichtung wurde wie geplant getroffen. Die zivile Infrastruktur in Kiew sei durch die hochpräzisen Waffen nicht beschädigt worden.

Nach dieser Darstellung des russischen Verteidigungsministeriums seien die am Sonntag gemeldeten [Schäden an einem nahegelegenen Wohnhaus](#) und einem Kindergarten auf fehlerhaftes Wirken der ukrainischen Luftabwehr zurückzuführen. Diese hätte versucht, die russischen Präzisionsraketen mit innerhalb von Kiew stationierten Flugabwehrsystemen abzufangen. Mehr als 10 Flugabwehrraketen seien dabei von den ukrainischen Boden-Luft-Raketensystemen S-300 und Buk M1 abgefeuert worden.

Zwei ukrainische Flugabwehrraketen des Typs S-300 seien sodann von ebenfalls ukrainischen Buk-Raketen in der Luft getroffen und somit selbst abgeschossen worden, was auf eine mangelhafte Koordination der beiden Luftabwehrsysteme oder einzelner Elemente der Systeme zurückzuführen sei. Offensichtlich haben dann Trümmer einer der abgeschossenen Flugabwehrraketen das Wohngebäude getroffen.

Die Ukraine beschuldigt Russland regelmäßig, Zivilisten unter Beschuss zu nehmen. Russland bestreitet dies und nimmt für sich in Anspruch, nur legitime militärische Ziele mit Präzisionswaffen anzugreifen. Bei einem der spektakulärsten Fälle, einem Raketentreffer mit über 50 Toten im ukrainischen Kramatorsk verdichteten sich durch den Bericht eines australischen Fernsehsenders, der die auf den Raketentrümmern in Kramatorsk angebrachte [Seriennummer](#) gefilmt und ausgestrahlt hatte, die Indizien dafür, dass es sich um eine [Rakete aus ukrainischen Beständen](#) (und damit ein ukrainisches Kriegsverbrechen) gehandelt hatte. Seit diesem Tag taucht das Wort "Kramatorsk" nicht mehr in deutschen und westlichen Medien auf. Den regelmäßigen Beschuss der Städte des Donbass durch die ukrainische Artillerie mit zahlreichen zivilen Opfern nimmt die westliche Medienlandschaft ohnehin nicht zur Kenntnis und berichtet darüber nicht.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b9b4d8b480cc17ce4a1270.jpg>

Am 26. Juni 2022 in Kiew vermutlich durch ukrainische Luftabwehrraketen-Reste beschädigtes Wohngebäude

#### 17:45 de.rt.com: **Russlands Verteidigungsministerium: Georgische Söldner, die russische Gefangene schächtetten, ausgelöscht**

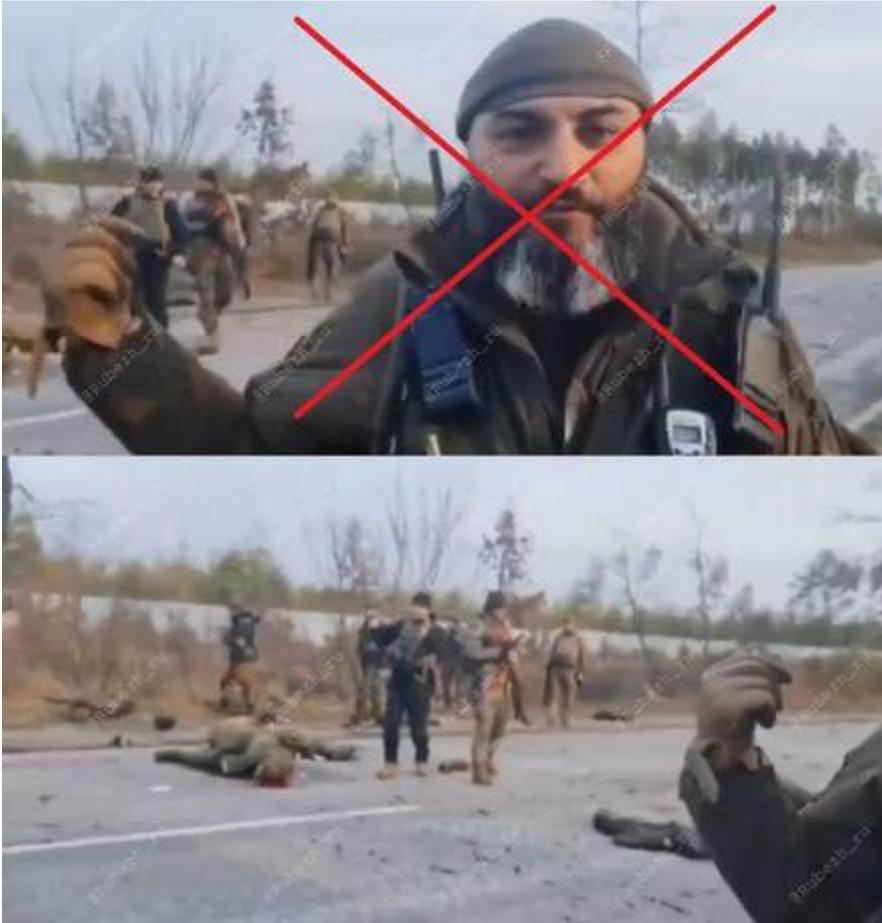
Georgische Söldner, die russische Kriegsgefangene bei Kiew im März dieses Jahres durch Schächten gefoltert und ermordet hatten, wurden auf dem Staatsgebiet der Volksrepublik Lugansk getötet. Dies verkündete Russlands Verteidigungsministerium:

"Am 26. Juni vernichteten russische Aufklärungseinheiten ein im Laufe von Gefechten in drei Kilometern vom Lissitschansker Petrochemiewerk der Volksrepublik Lugansk zwei Aufklärungs- und Sabotagegruppen, insgesamt 14 Söldner stark."

Die erste der Gruppen hatte eine buntscheckige "internationale" Zusammensetzung, so das russische Verteidigungsministerium. "Die zweite hingegen bestand ausschließlich aus Söldnern aus Georgien, die Mitglieder der sogenannten 'georgischen Legion' waren. In den Reihen dieser Bande kämpfen überwiegend Straftäter."

"Die ausgelöschten georgischen Milizkämpfer nahmen an bestialischer Folter und Mord an russischen Soldaten bei Kiew im März dieses Jahres teil. Russlands Verteidigungsministerium ist im Besitz von Information zu jedem Söldner, der an Folter, Schikane und Mord an unserem Militärpersonal beteiligt ist. Wir haben sie gefunden und Vergeltung geübt."

Im März 2022 hatte Videomaterial kursiert, das zeigt, wie vier auf dem Boden in ihren Blutlachen liegende russische Soldaten (teilweise mit verbundenen Händen) per Kopfschuss hingerichtet werden. Anfang März tauchte selbiges Videomaterial in einer vollständigeren Version auf. Klar zu hören ist, wie die verblutenden russischen Soldaten röcheln, bevor ihnen der Kopfschuss versetzt wird. Auf diesem Videomaterial zeigt unter anderem Teimuras Chisanischwili sein Gesicht, Leibwächter und Freund des ehemaligen georgischen Präsidenten Michail Saakaschwili, der den Krieg in Südossetien am 8. August 2008 ausgelöst hatte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b9be48b480cc5c904d0a84.jpg>

*Der im Ukraine-Konflikt mutmaßlich entnazifizierte georgische Söldner Teimuras Chisaniswili seine Bandenkumpanen und seine Opfer*

#### 17:56 de.rt.com: **Experte: Russlands "Staatsbankrott" ist eine US-Fiktion, um die Wirkung der Sanktionen vorzutäuschen**

Die US-Regierung erfindet eine angebliche Staatsinsolvenz Russlands, um das Scheitern eigener Wirtschaftssanktionen zu vertuschen, so der Experte. Ein der Agentur Bloomberg kürzlich gemeldeter Staatsbankrott habe mit einer angeblichen Zahlungsunfähigkeit Russlands nichts zu tun.

Die Agentur Bloomberg erklärte am 27. Juni, für Russland sei die Staatsinsolvenz festzustellen. Wie die Agentur berichtete, hätten die ausländischen Investoren noch immer keine Zinszahlungen für Eurobonds in Höhe von rund 100 Millionen Dollar (rund 95 Millionen Euro) erhalten. Laut Agentur wäre dies der erste Staatsbankrott Russlands seit einem Jahrhundert – seit die im Jahr 1918 an die Macht gekommenen Bolschewiki sich weigerten, die Schulden des Russischen Zarenreiches zu bezahlen.

Der Leiter der Abteilung für Politikwissenschaft und Soziologie an der [Russischen Plechanow-Wirtschaftsuniversität](#) Andrei Koschkin ist sich hingegen sicher: Russland habe keine großen Schwierigkeiten, alle zu leistenden Beträge zurückzuzahlen. Die US-Regierung "erfindet" lediglich die angebliche Zahlungsunfähigkeit Russlands, um das Scheitern der eigenen Wirtschaftssanktionen zu vertuschen. Das betonte er in einem Kommentar für die Zeitung Iswestija. Nach Ansicht von Koschkin befänden sich die USA in einer Zwickmühle:

"Indem sie alle möglichen wirtschaftlichen Restriktionen gegen Russland einführt, um die russische Wirtschaft zu ruinieren, stellte sich heraus, dass sie die Wirtschaft ihrer europäischen, westlichen Verbündeten ruinierten."

Die Tatsache, dass Russland aufgrund der westlichen Sanktionen nun für den Export von Energieträgern mehr Geld als vor dem Sanktionskrieg erhält, würde die Legitimität der gesamten westlichen Welt untergraben, so der Experte. So komme es zu vorgetäuschten sogenannten "Insolvenzen" und "Schulden", um der ganzen Welt vorzugaukeln, dass die Wirtschaftssanktionen erfolgreich waren. Mit massiven Medienkampagnen versuche man in Washington, Informationen über angebliche Finanzprobleme Russlands zu verbreiten, um die angebliche "Krise" in diesem Land zu verdeutlichen. Am 27. Juni wies das russische Finanzministerium die Informationen von Bloomberg über ausbleibende Zahlungen für

Eurobonds zurück und erklärte:

"Am 20. Mai 2022 leistete das russische Finanzministerium Zahlungen auf Auslandsanleihen der Russischen Föderation mit Fälligkeit im Jahr 2026 in Höhe von 71,25 Millionen US-Dollar und mit Fälligkeit im Jahr 2036 in Höhe von 26,5 Millionen Euro."

Die Zahlungen gingen bei der Zahlstelle für die Eurobonds noch am selben Tag ein und wurden rechtzeitig sowohl an die Inhaber der russischen Eurobonds, als auch an ausländische Finanzintermediäre, einschließlich des internationalen Abrechnungssystems Euroclear, weitergeleitet – so das Ministerium. Die internationalen Clearing- und Abrechnungssysteme, die die Gelder im Voraus in voller Höhe erhalten hätten und in der Lage seien, sie an die Endempfänger weiterzuleiten, hätten jedoch "nicht die dafür erforderlichen Schritte unternommen". Das Ministerium betonte auch: In diesem Fall "war das Ausbleiben des Geldes bei den Anlegern nicht auf mangelnde Zahlungen zurückzuführen, sondern auf Handlungen Dritter, die in den Emissionsunterlagen nicht direkt als Insolvenz aufgeführt sind".

Forbes zitiert den Finanzminister Russlands Anton Siluanow, der meint, "alle möglichen Schritte, um allen Anlegern die Mittel in vollem Umfang zur Verfügung zu stellen" wurden von russischer Seite unternommen. Es gebe deshalb allen Grund zu der Annahme, dass künstliche Hindernisse für die Russische Föderation bei der Deckung ihrer Staatsschulden im Ausland nötig waren, um dem Land die Bezeichnung "Staatsbankrott" anzuhängen. "Man kann sagen, was man will, und versuchen, es mit irgendwelchen Begriffen zu verbinden", meinte Siluanow, "aber jeder, der sich in der Situation auskennt, versteht, dass es keine Staatsinsolvenz gibt. Ehrlich gesagt, sieht die ganze Situation wie eine Farce aus. Und vor allem ist das Ziel, die Situation ad absurdum zu führen, unklar."

Offiziell kann man dann davon sprechen, dass ein Staatsbankrott eingetreten ist, wenn ein zuständiges Gericht der Klage der Anleihegläubiger stattgibt, so Forbes. Mit Einsprüchen vor Gericht, meint Anton Siluanow, "sei die Sache jedoch nicht so einfach", da Russland bei keinem der Emissionsprospekte auf die staatliche Immunität verzichtet habe. Das heißt, kein ausländisches Gericht wäre für die Prüfung der Sachlage selbst im Falle einer Klage zuständig, erklärte der Finanzminister.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b9c2c348fbef33d93b77f4.jpg>

**abends:**

### 18:15 de.rt.com: **Madrid: Westen will Widerstand der Türkei gegen NATO-Aufnahme Finnlands und Schwedens brechen**

Führende NATO-Politiker werden Recep Tayyip Erdoğan beim Gipfel in Madrid auffordern, sein Veto gegen Finnlands und Schwedens NATO-Beitritt zurückzuziehen. US-Präsident Joe Biden könnte bei einem Treffen mit Erdoğan auf einen Kompromiss in dieser Frage drängen.

In Madrid beginnt am Dienstag der dreitägige NATO-Gipfel. Führende NATO-Politiker werden laut Reuters den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan auffordern, sein Veto gegen Finnlands und Schwedens Antrag auf Beitritt zum Militärbündnis zurückzuziehen.

Erdoğan wird am Dienstag vor dem Gipfel in Madrid an einer Gesprächsrunde mit den Staats- und Regierungschefs Schwedens und Finnlands sowie der NATO teilnehmen, sagte der Sprecher des türkischen Präsidenten, İbrahim Kalın, am Sonntag. Im Gespräch mit dem Sender Habertürk sagte Kalın, er und der stellvertretende Außenminister Sedat Önal würden am Montag auch an einer Gesprächsrunde mit schwedischen und finnischen Delegationen in Brüssel teilnehmen. "Auf Ersuchen des NATO-Generalsekretärs wird es in Madrid einen Vierergipfel auf Führungsebene geben, in Anwesenheit unseres

Präsidenten", sagte er.

Das NATO-Treffen in Madrid findet im Schatten des Ukraine-Krieges statt, während die Allianz nach dem Scheitern in Afghanistan auf eine Zerreißprobe zusteuert. Angesichts des Krieges in der Ukraine wollen Finnland und Schweden auf Drängen der USA NATO-Mitglieder werden. Die Türkei knüpft ihre Zustimmung zu einem NATO-Beitritt Helsinkis und Stockholms aber an zahlreiche Bedingungen wie die Aufhebung des Waffenembargos und die Auslieferung von Mitgliedern der "Terrororganisation" PKK an die Türkei.

Ein türkischer Regierungsbeamter, der bereits an den Gesprächen zwischen den drei Ländern und NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg beteiligt gewesen war, sagte Reuters, es sei schwierig, auf dem Gipfel eine Einigung zu erzielen, und fügte hinzu, dass Schweden und Finnland zuerst zu den türkischen Bedenken Stellung nehmen müssten.

US-Präsident Joe Biden könnte am Rande des NATO-Gipfels ein Treffen mit Erdoğan abhalten, um auf einen Kompromiss in dieser Frage zu drängen. Reuters kommentiert, dass Erdoğan versuche, die Situation zu nutzen, um seine Popularität zu steigern, da er eine vorgezogene Wahl im November anstrebe. Die Präsidentschaftswahl wird planmäßig gleichzeitig mit der Parlamentswahl am 24. Juni 2023 in der Türkei stattfinden.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron versucht ebenfalls, im Streit mit der Türkei um eine NATO-Aufnahme Finnlands und Schwedens Druck auf Ankara ausüben. Bei einem Treffen mit Stoltenberg letzte Woche in Paris hatte Macron angekündigt, von der Türkei Klarheit über ihre Positionierung auf dem bevorstehenden NATO-Gipfel zu verlangen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b9a037b480cc13d72e31c8.jpg>

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg spricht am 27. Juni 2022 auf einer Pressekonferenz im Vorfeld des NATO-Gipfels in Madrid im NATO-Hauptquartier in Brüssel

18:15 de.rt.com: **Selenskij: Hinauszögerung des Konflikts nicht im Interesse der Ukraine**

In seiner Ansprache an die Oberhäupter der G7-Staaten hat der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij erklärt, dass eine Hinauszögerung der Kämpfe nicht im Interesse der Ukraine sei. Dies berichtete der Nationale Sicherheitsberater der USA Jake Sullivan den Journalisten nach dem Abschluss des Gipfels: "Er [Selenskij] ist der Meinung, dass ein langwieriger Konflikt nicht im Interesse des ukrainischen Volkes aus offensichtlichen Gründen sei."

Sullivan fügte hinzu, dass Selenskij die G7-Teilnehmer bat, dies bei der Planung der militärischen Unterstützung der Ukraine zu berücksichtigen. So soll Selenskij gebeten haben, "die nächsten Monate maximal zu nutzen".

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 27.06.22**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

**So hat der Gegner seit Beginn des heutigen Tages** nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 100 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **9 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starben 2 Zivilisten und 8, darunter ein Kind, geb. 2007, wurden verletzt**. 4 Wohnhäuser und 7 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt. In der Folge des Beschusses des Petrowskij-Bezirks von Donezk wurden 27 Umspannwerke von der Stromversorgung abgeschnitten, 4500 Verbrauchern hatten keinen

Strom.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt. Am heutigen Tag wurden durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: ein Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, eine Drohne „Furija“ und 2 Panzerfahrzeuge. 2 Feuerstellungen des Gegners in den Gebieten von Awdejewka und Nowomichajlowka wurden beseitigt.

Außerdem teilen wir mit, dass 5 **Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht verletzt** wurden.